



707 Bericht von Martin Gornig und Katrin Klarhöfer

Energetische Gebäudesanierung: Investitionen sinken preisbereinigt – Klimaziele ohne Trendwende nicht erreichbar

- Investitionen in energetische Gebäudesanierung seit 2013 nominal gestiegen, real aber gesunken
- Entwicklung reicht nicht aus, um Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen
- Bund müsste Fördermittel noch weiter erhöhen, um Trendwende zu schaffen

715 Interview mit Martin Gornig



717 Bericht von Lukas Menkhoff und Katharina Wrohlich

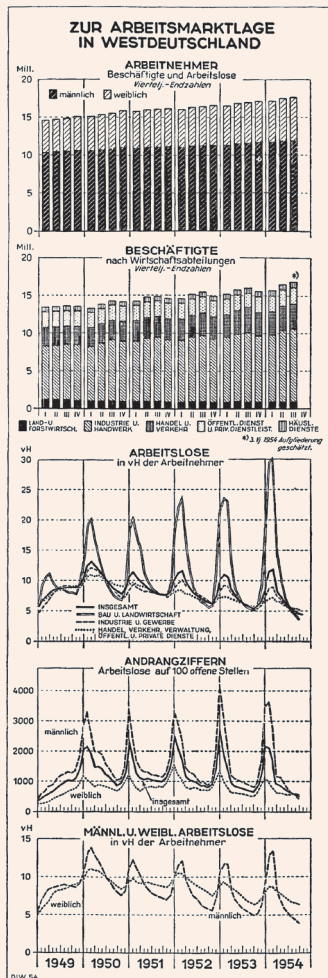
Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit egalitärer geworden

- Studie untersucht sich verändernde Einstellungen zur Rolle von Frauen auf Basis des World Value Survey
- Frauenbild in Deutschland erweist sich als modern, ist aber weniger egalitär als in den nordischen Ländern
- Unsicher ist, ob das Frauenbild innerhalb Europas und im Rest der Welt weiterhin egalitärer wird

728 Kommentar von Claudia Kemfert

Trump-Wahl: Desaster für die internationale Klimapolitik

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Herbst 1954



Auf Grund der günstigen konjunkturellen Situation Westdeutschlands konnte sich die starke Ausweitung der Beschäftigung auch im dritten Vierteljahr fortsetzen. Mit 330 600 war die Zunahme der Beschäftigtenzahl größer als im jeweils dritten Vierteljahr der drei vergangenen Jahre. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich seit Ende März 1954 um mehr als eine Million erhöht; sie betrug Ende September 16,83 Millionen. Im Zuge dieser Entwicklung nahm die Zahl der Arbeitslosen im dritten Quartal weiter um 185 200 auf 822 500 ab. In der gleichen Zeit fanden 145 400 vorher nicht im Bundesgebiet erwerbstätige Personen Beschäftigungsmöglichkeiten, so dass die Gesamtzahl der (beschäftigten und arbeitslosen) Arbeitnehmer auf 17,65 Millionen anstieg.

Die Arbeitslosen-Belastungsziffer (Zahl der Arbeitslosen in vH der Arbeitnehmer) betrug für das Bundesgebiet Ende September 1954 4,7 vH und kam damit dem von den Vereinten Nationen als Kriterium für den Zustand der Vollbeschäftigung angenommenen Grad der Arbeitslosigkeit von rd. 4 vH nahe.

Aus dem DIW Wochenbericht Nr. 46 vom 12. November 1954

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang | 14. November 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Sophie M. Behr; Dr. Sandra Bohmann

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

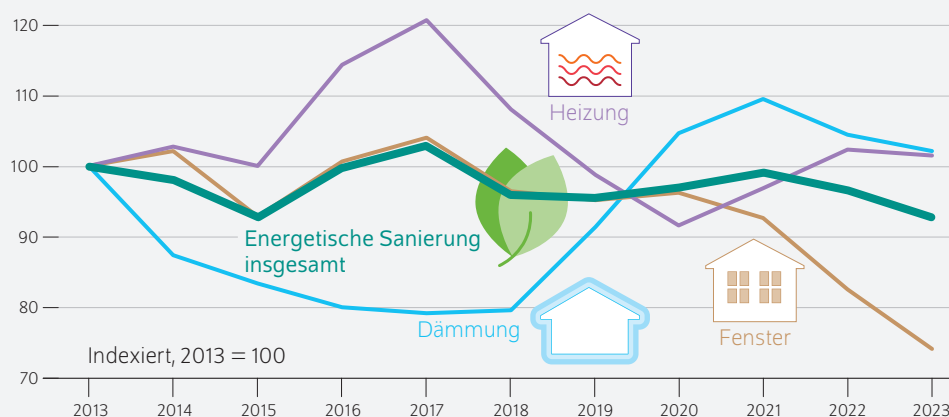
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Energetische Gebäudesanierung: Investitionen sinken preisbereinigt – Klimaziele ohne Trendwende nicht erreichbar

Von Martin Gornig und Katrin Klarhöfer

- Auch angesichts steigender Energiepreise sind Investitionen in energetische Gebäudesanierung in Deutschland von 2021 bis 2023 um zwölf auf 72 Milliarden Euro gestiegen
- Da Baupreise aber parallel nach oben schossen, sind Investitionen preisbereinigt um über sechs Prozent gesunken
- Um Klimaziele zu erreichen, braucht es deutlich mehr reale Investitionen in Dämmung, neue Fenster, Heizungen und andere Maßnahmen
- Damit dies gelingt, sind nicht nur in Deutschland, sondern europaweit entsprechende Rahmenbedingungen nötig, zudem braucht es Investitionshilfen
- Bundesregierung hat Fördermittel für 2024 zwar auf 16,7 Milliarden Euro erhöht – für wirkliche Trendwende bei energetischer Sanierung ist aber mehr Geld nötig

Rechnet man die Preissteigerungen heraus, investierten Immobilieneigentümer*innen zuletzt weniger in die energetische Sanierung als zehn Jahre zuvor



7%

weniger als 2013 wurden 2023 real in energetische Sanierungsmaßnahmen investiert

Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin, Modernisierungsvolumen der Heinze GmbH; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

ZITAT

„Der Fokus bei der energetischen Sanierung liegt meist auf Wohngebäuden. Doch auch bei gewerblichen und öffentlichen Gebäuden gibt es enormes Potenzial. Teilweise sind diese Gebäude so schlecht gedämmt, dass man hier mit höheren Investitionen die Heizemissionen möglicherweise schneller reduzieren könnte.“

— Martin Gornig —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Martin Gornig
www.diw.de/mediathek

Energetische Gebäudesanierung: Investitionen sinken preisbereinigt – Klimaziele ohne Trendwende nicht erreichbar

Von Martin Gornig und Katrin Klarhöfer

ABSTRACT

Angesichts steigender Preise für Öl und Gas sind die Investitionen in die energetische Gebäudesanierung in Deutschland zuletzt nominal gestiegen. Im Wohnungsbau sowie im öffentlichen und gewerblichen Hochbau wurden dafür im Jahr 2023 insgesamt rund 72 Milliarden Euro ausgegeben, gut zwölf Milliarden mehr als zwei Jahre zuvor. Da in diesem Zeitraum aber auch die Baupreise stark stiegen, sind die Investitionen preisbereinigt um mehr als sechs Prozent gesunken. Zur Erreichung der Klimaziele braucht es jedoch nicht weniger, sondern deutlich mehr reale Investitionen in die energetische Gebäudesanierung. Um dies zu erreichen, sind nicht nur in Deutschland, sondern europaweit entsprechende Rahmenbedingungen nötig. Eine wichtige Rolle spielen auch Investitions-hilfen für energetische Sanierungsmaßnahmen. Entsprechende Fördermittel hat die Bundesregierung für das Jahr 2024 zwar auf 16,7 Milliarden Euro erhöht. Will die Politik aber tatsächlich eine Trendwende hin zu mehr energetischer Sanierung erreichen, wird sie angesichts gestiegener Finanzierungs- und Baukosten künftig wohl noch höhere Fördergelder bereitstellen müssen.

Der Expertenrat für Klimafragen mahnt in seinem aktuellen Gutachten, dass gerade im Gebäudesektor deutlich mehr unternommen werden müsse als bisher, wenn die Reduktionsziele bei den Treibhausgasemissionen in Deutschland erreicht werden sollen.¹ Ein großes Einsparpotenzial liegt in der Senkung des Heizenergieverbrauchs im Gebäudebestand. Seit mehr als einem Jahrzehnt fordern Fachleute, den energetischen Zustand der Gebäude durch erhöhte Dämmung der Gebäudehülle (Wände, Fenster, Dach) und effizientere Heizungssysteme zu verbessern.²

Energetische Sanierung schwer messbar – aber es gibt geeignete Indikatoren

In welchem Umfang in den vergangenen Jahren durch energetische Sanierungsmaßnahmen Fortschritte beim energetischen Zustand von Gebäuden erzielt werden konnten, ist allerdings schwer zu quantifizieren. Detaillierte Untersuchungen diesbezüglich sind ausgesprochen aufwendig und liegen nur für einzelne Stichjahre vor.³ Auch Auswertungen auf Basis kleinerer Stichproben lassen nur grobe Tendenzen zur Entwicklung der energetischen Gebäudesanierung für wenige Jahre erkennen. Sie beschränken sich zudem auf den Bestand an Wohngebäuden. Danach hat sich die jährliche energetische Sanierungsquote – also der Anteil der Gebäudeoberfläche, die im betreffenden Jahr energetisch saniert wurde – seit der Jahrtausendwende kaum verändert und lag zuletzt geschätzt für das Jahr 2017 bei weniger als einem Prozent.⁴

¹ Expertenrat für Klimafragen (2024): Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz.

² Jürgen Blazejczak, Dietmar Edler und Wolf-Peter Schill (2014): Steigerung der Energieeffizienz: ein Muss für die Energiewende, ein Wachstumsimpuls für die Wirtschaft. DIW Wochenbericht Nr. 4, 47–60 (online verfügbar; abgerufen am 4. November 2024. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

³ Holger Cischinsky und Nikolaus Diefenbach (2018): Datenerhebung Wohngebäudebestand 2016. Forschungsbericht, Institut Wohnen und Umwelt; Holger Cischinsky et al. (2021): Der Bestand der Nichtwohngebäude in Deutschland ist vermessen. Projektinformationen, Institut Wohnen und Umwelt.

⁴ Puja Singhal und Jan Stede (2019): Wärmemonitor 2018: Steigender Heizenergiebedarf, Sanierungsrate sollte höher sein. DIW Wochenbericht Nr. 36, 519–628 (online verfügbar).

Kasten

Wie lassen sich Investitionen in die energetische Gebäudesanierung ermitteln?

Um die Investitionen in die energetische Gebäudesanierung schätzen zu können, werden heruntergebrochene, aggregatstatistische amtliche Auswertungen der Bauvolumenrechnung des DIW Berlin mit hochgerechneten Befragungsergebnissen des Baudienstleisters Heinze GmbH kombiniert (Abbildung). Das DIW-Bauvolumen erfasst die Summe aller Leistungen, die auf die Herstellung oder Erhaltung von Gebäuden und Bauwerken gerichtet sind. Insofern geht der Nachweis über die vom Statistischen Bundesamt berechneten Bauinvestitionen hinaus, denn bei den Investitionen bleiben konsumtive Bauleistungen unberücksichtigt – dies sind vor allem nicht werterhöhende Reparaturen (also Instandsetzungsleistungen des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes). Anders als in der amtlichen Statistik unterscheidet das DIW-Bauvolumen zudem zwischen Bauleistungen an vorhandenen Gebäuden und beim Neubau.

Die Abschätzung der Bestandsmaßnahmen beziehungsweise des Bestandsbauvolumens aus der Makroperspektive beruht im Wesentlichen auf einer Differenzenbetrachtung zwischen der Gesamtbauleistung nach Baufachstatistik und der aus der Bautätigkeitsstatistik abgeleiteten Neubauleistung.¹ Dies hat insbesondere den Vorteil, dass sich im Zeitverlauf konsistente Vergleiche durchführen lassen. Den Modellrechnungen auf Basis des Differenzenansatzes fehlen aber Strukturinformationen.

Um solche Strukturinformationen zu identifizieren, werden die Ergebnisse aus Modellrechnungen auf Basis amtlicher Statistiken betrachtet. Diese werden dann den Hochrechnungen zum Modernisierungsvolumen gegenübergestellt, die auf Umfragen beruhen. Die Hochrechnungsergebnisse basieren auf gesonderten umfassenden Untersuchungen der Heinze GmbH für die Jahre 2014, 2018, 2020 und 2022.²

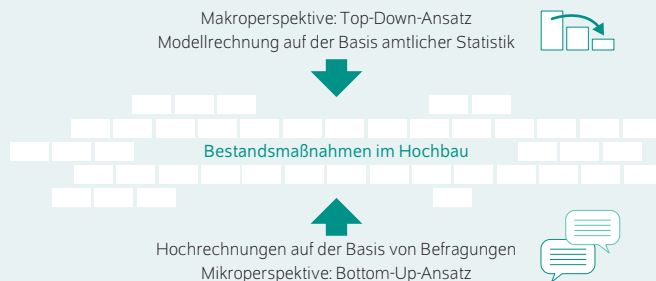
In den Untersuchungen der Heinze GmbH wird das Modernisierungsvolumen über die Verknüpfung sekundärstatistischer Marktdaten berechnet. Dafür werden Befragungsergebnisse von für den Modernisierungsmarkt relevanten Zielgruppen herangezogen. Zentrale Informationsbasis im Wohnungsmarkt ist eine Befragung repräsentativ ausgewählter Mieter*innen- und Eigentümer*innenhaushalte. Zudem wurden gewerbliche Wohnungsbauunternehmen befragt. Die Ergebnisse für den Nichtwohnungsbau beruhen auf Auswertungen von Fragebögen zu von Architekt*innen betreuten Modernisierungsmaßnahmen. Zudem wurden Befragungen bei Handwerker*innen genutzt. Auf dieser Grundlage lassen sich die Bestandsmaßnahmen nach Produktbereichen differenzieren. Zur energetischen Sanierung werden Maßnahmen aus den Produktbereichen Wärmedämmung (etwa am Dach oder der Fassade), Austausch von Fenstern und Außentüren sowie der Erneuerung der Heizung und von Klima- und Lüftungsanlagen gezählt.

¹ Martin Gornig, Claus Michelsen und Hanna Révész (2021): Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe. Berechnungen für das Jahr 2020. BBSR-Online-Publikation Nr. 32 (online verfügbar).

² Klarhöfer, Kramp und Tiller (2024), a.a.O.

Abbildung

Analyseansatz zur Ermittlung von Investitionen in den Gebäudebestand



Quelle: Eigene Darstellung.

© DIW Berlin 2024

Der Umfang von Baumaßnahmen am Gebäudebestand wird durch statistische Modellrechnungen und befragungsbasierte Hochrechnungen eingegrenzt.

Die Strukturinformationen zur Bedeutung der oben genannten Produktbereiche aus dem Mikroansatz werden konsistent in die Bauvolumenrechnung des DIW Berlin eingepasst.³ Voraussetzung für die Integration der Ergebnisse des Mikroansatzes in die Bauvolumenrechnung ist, dass die Ergebnisse der beiden Methoden miteinander korrespondieren. Dies gilt sowohl für das quantitative Gesamtergebnis als auch die spezifischen Abgrenzungen der Bauleistungen. So stehen bei den Befragungsergebnissen der Heinze GmbH investive Bauleistungen im Vordergrund. Dies gilt wegen der Bindung an die Architekt*innenumfrage insbesondere für den Bereich des Nichtwohnungsbaus. Beim Wohnungsbau wiederum werden die Eigenleistungen einschließlich Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit anders als in der Bauvolumenrechnung nicht bewertet.

Die aus den Umfragen der Heinze GmbH gewonnenen Strukturinformationen werden daher nicht unmittelbar auf das Bauvolumen insgesamt, sondern nur auf den investiven Teil des Bauvolumens bezogen. Um eine derartige Integration der Werte des Heinze-Strukturergebnisses zu ermöglichen, ist im Bauvolumen eine Modellrechnung zur Trennung der Bauleistungen nach investiven und nichtinvestiven Maßnahmen erforderlich. Das DIW Berlin hat dazu speziell die Strukturinformationen zu den Reparaturmaßnahmen aus den Heinze-Befragungen ausgewertet und entsprechende Hochrechnungen für die durchschnittlichen Instandhaltungsmaßnahmen vorgenommen. Die zeitliche Differenzierung der Maßnahmen erfolgte über die Anbindung an die Entwicklung des Bruttoanlagevermögens im Hochbau, wozu das DIW Berlin spezielle Modellrechnungen entwickelt hat.⁴

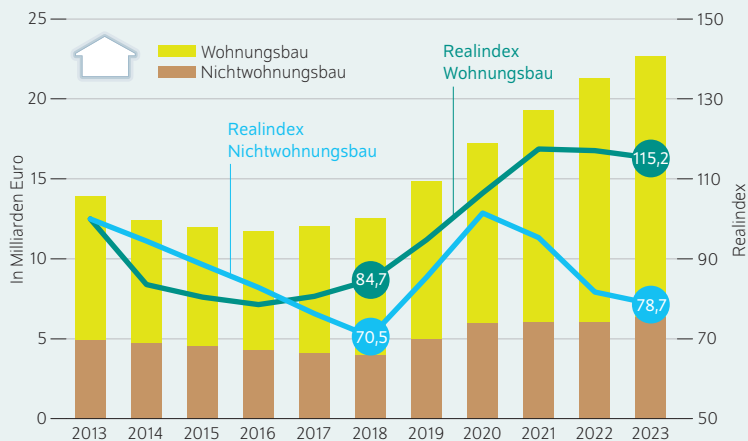
³ Zur Methode vgl. Martin Gornig und Hanna Révész (2023): Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe. Berechnungen für das Jahr 2022. BBSR-Online-Publikation Nr. 53 (online verfügbar).

⁴ Susanne Holze et al. (2016): Struktur der Bestandsinvestitionen 2014. Investitionstätigkeit in den Wohnungs- und Nichtwohnungsbeständen. BBSR-Online-Publikation Nr. 03 (online verfügbar).

Abbildung 1

Investitionen in die Dämmung von Dach, Keller und Außenwänden

In Milliarden Euro zu laufenden Preisen bzw. als Index der preisbereinigten Werte (2013 = 100)



Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin; Modernisierungsvolumen der Heinze GmbH; eigene Berechnungen.

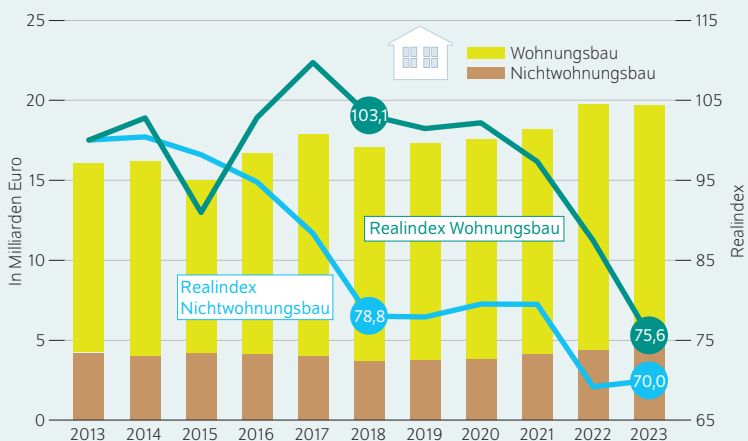
© DIW Berlin 2024

Real sind die Investitionen in die Dämmung von Wohngebäuden seit 2021 nicht mehr gestiegen.

Abbildung 2

Investitionen in die Erneuerung von Fenstern und Außentüren

In Milliarden Euro zu laufenden Preisen bzw. als Index der preisbereinigten Werte (2013 = 100)



Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin; Modernisierungsvolumen der Heinze GmbH; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Berücksichtigt man die enormen Preissteigerungen der vergangenen Jahre, sind die Investitionen in Fenster und Türen stark gesunken.

Eine Alternative für das Monitoring der energetischen Gebäudesanierung setzt nicht bei physischen Indikatoren, sondern bei den Ausgaben für die entsprechenden Aktivitäten an. Wie viel Geld in die energetische Gebäudesanierung geflossen ist, lässt sich auf Basis der beobachteten Bauaktivitäten schätzen. Dabei können allerdings nicht die konkreten Mehraufwendungen der energetischen Verbesserung bestimmt werden, die beispielsweise durch den Einbau eines Dreischiebenglases anstelle eines Doppelglasfensters entstehen. Wohl aber lassen sich die Gesamtaufwendungen für den Fenstereinbau einschließlich Vor- und Nacharbeiten bestimmen. Diese Bruttokosten liegen weit höher als die spezifischen energetisch bedingten Mehraufwendungen. Ältere Studien für den Wohnungsbau weisen hier darauf hin, dass die Investitionskosten insgesamt doppelt so hoch sind wie die spezifischen Mehrkosten.⁵

Die Gesamtinvestitionssummen für die energetische Gebäudesanierung werden geschätzt, indem heruntergebrochene, aggregatstatistische amtliche Auswertungen im Rahmen der Bauvolumenrechnung des DIW Berlin kombiniert werden mit Hochrechnungen von Befragungsergebnissen des Baudienstleisters Heinze GmbH (Kasten). Die wertmäßigen Investitionen in die energetische Sanierung von Wohn- und Nichtwohngebäuden, die sich aus DIW-Bauvolumen und Heinze-Modernisierungsvolumen ergeben, veröffentlichen das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR⁶) und das Umweltbundesamt (UBA⁷) regelmäßig.

Der vorliegende Wochenbericht präsentiert darüber hinaus eine differenzierte Auswertung nach drei Einzelbereichen der energetischen Sanierung.⁸ Zudem wird hier die reale Entwicklung der Investitionen in die energetische Sanierung dargestellt, um auch die starken Preissteigerungen der letzten Jahre zu berücksichtigen. Für die Deflationierung wird ein Mix aus Preisindikatoren verwendet, da sich in den amtlichen Preisstatistiken die Einzelbereiche der energetischen Sanierung nicht unmittelbar wiederfinden. Den drei Bereichen Dach-/Wanddämmung, Fenster/Türen und Heizung/Klima werden entsprechend Preisindizes für passende Produktbereiche und Wirtschaftsklassen zugeordnet.

Wand- und Dachdämmung tritt nach Aufholprozess auf der Stelle

Ein wesentlicher Teil der Ausgaben für die energetische Sanierung fließt in die verbesserte Dämmung der Gebäudehülle. In die Dämmung von Dach, Kellerdecke und Fassade

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft (2012): Energetische Modernisierung des Gebäudebestandes: Herausforderungen für private Eigentümer. Untersuchung im Auftrag von Haus & Grund Deutschland; Prognos (2013): Ermittlung der Wachstumswirkungen der KfW-Programme zum Energieeffizienten Bauen und Sanieren. Untersuchung im Auftrag der KfW-Bankengruppe.

⁶ Einschließlich Photovoltaik, siehe Martin Gornig und Hanna Révész (2024): Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe. Berechnungen für das Jahr 2023. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (online verfügbar).

⁷ Ohne Photovoltaik, siehe Jürgen Blazejczak et al. (2024): Ökonomische Indikatoren von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz – Materialien Berichtsjahr 2023. Umweltbundesamt. Umwelt, Innovation, Beschäftigung, Heft 3.

⁸ Die Werte für das Jahr 2023 beruhen dabei auf vorläufigen Berechnungen.

von Wohngebäuden wurden zu laufenden Preisen im Jahr 2023 mehr als 16 Milliarden Euro investiert. Noch einmal gut sechs Milliarden Euro wurden für die Dämmung von gewerblichen und öffentlichen Nichtwohngebäuden verausgabt (Abbildung 1).

Die nominalen Investitionssummen in die Dämmung sind in den vergangenen Jahren insbesondere bei Wohngebäuden deutlich gestiegen. So lagen die Ausgaben für die Fassade- und Dachdämmung von Wohngebäuden 2023 fast doppelt so hoch wie 2018. Berücksichtigt man allerdings die enormen Preissteigerungen seit 2021, nahm der reale Wert der Investitionen in die Dämmung von Wohngebäuden in den beiden letzten Jahren nicht mehr zu.

Bei Nichtwohngebäuden verlief die Entwicklung im Bereich der Dämmung deutlich weniger dynamisch. Zwar stiegen ab 2019 die Ausgaben für die Gebäudedämmung im gewerblichen und öffentlichen Bereich wieder, aber nur im Jahr 2020 reichten die nominalen Zuwächse aus, um zumindest wieder das reale Investitionsniveau von 2013 zu erreichen. Preisbereinigt liegen die Investitionen in die Dämmung von Nichtwohngebäuden dagegen heute nur bei knapp 80 Prozent des Ausgangsniveaus.

Austausch von Fenstern und Außentüren im Abwärtstrend

Im Bereich der Erneuerung von Fenstern und Außentüren von Wohngebäuden hat sich das Ausgabenniveau über viele Jahre kaum verändert (Abbildung 2). So wurden in den Jahren 2017 bis 2020 jeweils etwa 13,5 Milliarden Euro dafür verausgabt. Erst in den letzten Jahren legten die Ausgaben für den Austausch von Wohnfenstern und -türen spürbar zu. Allerdings lagen die nominellen Zuwächse deutlich unter den – aufgrund der extrem verteuerten Glasherstellung – hohen Preissteigerungen. Entsprechend sind die realen Investitionen im Bereich Fenster/Außentüren in den letzten drei Jahren sogar stark rückläufig gewesen: Das reale Investitionsniveau lag 2023 um fast 25 Prozent unter dem des Jahres 2013.

Der Umfang erneuerter Fenster und Außentüren bei gewerblichen und öffentlichen Nichtwohngebäuden nahm preisbereinigt im Beobachtungszeitraum noch stärker ab. Die realen Investitionen lagen 2023 um 30 Prozent niedriger als zehn Jahre zuvor. In nominaler Rechnung geben gewerbliche und öffentliche Bauherren heute gut fünf Milliarden Euro für neue Fenster und Außentüren aus.

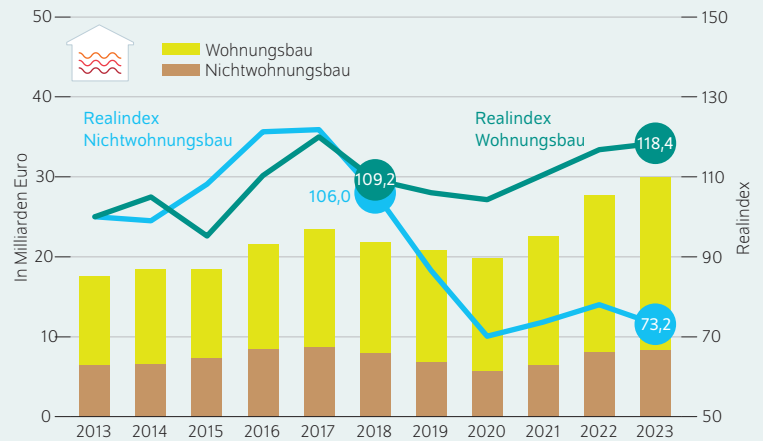
Bei Erneuerung von Heizungsanlagen seit 2020 wieder Zuwächse

Im Vergleich zur energetischen Ertüchtigung der Gebäudehülle durch Dämmung oder Fenster- und Türenaustausch legten die Ausgaben für die Erneuerung der Heizungsanlagen stärker zu (Abbildung 3). Im Wohngebäudebestand haben sich die Ausgaben für die Heizungserneuerung innerhalb von zehn Jahren nominal fast verdoppelt. Auch wenn

Abbildung 3

Investitionen in die Erneuerung von Heizungsanlagen und Klimatechnik

In Milliarden Euro zu laufenden Preisen bzw. als Index der preisbereinigten Werte (2013 = 100)



Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin; Modernisierungsvolumen der Heizee GmbH; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Die Entwicklung der realen Investitionen in Heizung und Klimatechnik läuft zwischen Wohn- und Nichtwohngebäuden stark auseinander.

die Preise im Heizungsbau nochmals stärker gestiegen sind als bei den Energiesparmaßnahmen an der Gebäudehülle, reichten die Ausgabenzuwächse dennoch aus, die realen Investitionen in die Erneuerung der Heizungen in Wohngebäuden auf hohem Niveau zu halten. Dabei ist zu vermuten, dass Haushalte auch in neue Gasheizungen investierten, bevor diese Heizungsart stark reglementiert wurde. Der Spitzenwert der realen Investitionen aus dem Jahr 2017 wurde aber auch 2023 knapp verfehlt.

Im Bereich Heizungs- und Klimatechnik bei Nichtwohngebäuden ist über die Jahre ebenfalls eine positive Tendenz der Investitionen zu verzeichnen. Von 2013 bis 2017 legten entsprechende Ausgaben von gut sechs auf fast neun Milliarden Euro zu. Die Ausgabenzuwächse lagen zudem über den Preissteigerungen in diesem Bereich, so dass auch die realen Investitionen stiegen. Gegenüber 2017 allerdings schrumpften die Ausgaben der gewerblichen und öffentlichen Bauherren deutlich. Da gleichzeitig die Preise im Bereich Heizungs- und Klimatechnik besonders stark zulegten, gingen die realen Investitionen gegenüber 2013 sogar um nahezu 30 Prozent zurück.

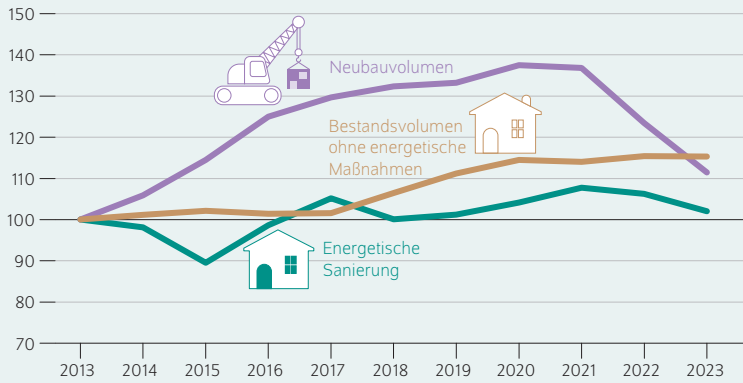
Energetische Sanierung von Wohngebäuden verliert insgesamt an Schwung

Unter dem Strich ergibt sich mit Blick auf die Investitionen in die energetische Wohngebäudesanierung ein trübes Bild: In den letzten zehn Jahren sind die jährlichen Ausgaben für die energetische Sanierung insgesamt zwar um über 65 Prozent auf fast 53 Milliarden Euro gestiegen. Berücksichtigt

Abbildung 4

Entwicklung der realen Investitionen in die energetische Sanierung von Wohngebäuden, andere Bestandsmaßnahmen und den Neubau

Index 2013 = 100



Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin; Modernisierungsvolumen der Heinze GmbH; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Unter dem Strich lagen die realen Investitionen in die energetische Sanierung von Wohngebäuden zuletzt kaum höher als vor zehn Jahren.

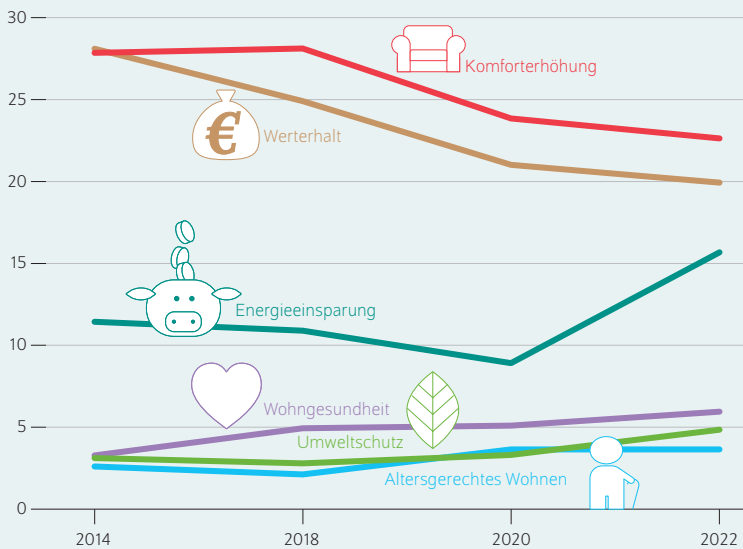
man die Preissteigerungen, lagen die realen Investitionen im Jahr 2023 aber kaum höher als 2013 (Abbildung 4). Der Tiefpunkt der realen Investitionen in die energetische Wohngebäudesanierung war das Jahr 2015. Es folgte eine zwischenzeitlich deutliche Erholung der realen Investitionstätigkeit. Im Jahr 2021 erreichte sie ihren bisherigen Höchstwert, die jährlichen realen Investitionssummen lagen damals gut acht Prozent über dem Niveau des Ausgangsjahres. Mit den starken Preissteigerungen der Jahre 2022 und 2023 gingen die realen Zuwächse der Investitionen aber wieder nahezu vollständig verloren.

Die Investitionen in die energetische Gebäudesanierung entwickelten sich damit deutlich schlechter als die in andere Bereiche des Wohnungsbaus. Insbesondere der Neubau von Wohnungen legte bis 2020 stark zu. Trotz der aktuellen Schwächephase lagen die Neubauinvestitionen 2023 preisbereinigt noch rund elf Prozent höher als 2013. Auch andere Maßnahmen an bestehenden Gebäuden jenseits der energetischen Sanierung – wie die Modernisierung der Sanitäreinrichtungen oder allgemeine Instandhaltungen – konnten über den Gesamtzeitraum reale Zuwächse erzielen. Preisbereinigt lagen solche Ausgaben 2023 um 15 Prozent über dem Wert von 2013.

Abbildung 5

Motive für die Modernisierung von Wohngebäuden

Anteile in Prozent



Anmerkung: Die Angaben stammen sowohl von selbstnutzenden als auch vermietenden Eigentümer*innen von Wohngebäuden.

Quellen: Heinze GmbH; eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Energie einsparen zu wollen ist nach wie vor nicht der wichtigste Modernisierungsgrund, zuletzt aber deutlich bedeutender geworden.

Die Gründe für die Investitionszurückhaltung sind vielfältig.⁹ Ein wesentlicher Faktor waren über viele Jahre sicherlich die vergleichsweise geringen Preise für Öl und Gas, die den Handlungsdruck mit Blick auf energetische Sanierungen in Grenzen hielten. Mit dem Anstieg der Energiepreise seit 2021 hat das Motiv des Energiesparens als Grund für eine Modernisierung der selbstgenutzten oder vermieteten Wohngebäude spürbar zugelegt (Abbildung 5).¹⁰ Im Jahr 2022 gaben 16 Prozent der Investierenden als ein Motiv der Gebäudemodernisierung Energieeinsparungen an. Zwei Jahre zuvor waren es nur neun Prozent.

Dass sich die geänderte Motivlage nicht auch in real steigenden Investitionen in die energetische Wohngebäudesanierung niedergeschlagen hat, dürfte auf die parallel stark steigenden Finanzierungskosten und Baupreise zurückzuführen sein. Zudem zeigt die Befragung zu den Modernisierungsmotiven, dass auch noch im Jahr 2022 die Komforterhöhung und Werterhaltung mit Antwortquoten von 23 Prozent beziehungsweise 20 Prozent als wichtigere Investitionsmotive angesehen wurden.

Energetische Sanierung im gewerblichen und öffentlichen Hochbau weiter auf Talfahrt

Führt man die Resultate zu den Investitionen für die einzelnen Bereiche der energetischen Sanierung von öffentlichen und gewerblichen Gebäuden zusammen, zeigt sich sogar

⁹ Martin Gornig und Katrin Klarhöfer (2023): Investitionen in die energetische Gebäudesanierung auf Talfahrt. DIW Wochenbericht Nr. 33, 441–448 (online verfügbar).

¹⁰ Katrin Klarhöfer, Christopher Kramp und Christian Tiller (2024): Bestandsinvestitionen 2022. Struktur der Investitionstätigkeit in den Wohnungs- und Nichtwohnungsbeständen. BBSR-Online-Publikation Nr. 80 (online verfügbar).

ein erschreckendes Bild. Im Jahr 2023 wurden zwar knapp 20 Milliarden Euro für die energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden ausgegeben, etwa 25 Prozent mehr als 2013. Da gleichzeitig aber die Preise für entsprechende Bauleistungen im selben Zeitraum um mehr als 50 Prozent gestiegen sind, wird heute real um ein Viertel weniger in die energetische Sanierung öffentlicher und gewerblicher Gebäude investiert als vor zehn Jahren (Abbildung 6).

Die Investitionstätigkeit in der energetischen Gebäudesanierung hat sich damit deutlich schlechter entwickelt als in anderen Bereichen des öffentlichen und gewerblichen Hochbaus. Insbesondere der Bau von neuen Gebäuden legte stark zu. Die Neubauinvestitionen lagen im Jahr 2023 trotz der aktuellen Abschwächung preisbereinigt um gut 25 Prozent höher als 2013. Auch andere als energetische Maßnahmen an bestehenden Gebäuden mussten real Einbußen hinnehmen. Preisbereinigt lagen die Ausgaben 2023 um 17 Prozent unter dem Wert von 2013. Der Rückgang war damit aber spürbar geringer als im Bereich der energetischen Sanierung.

Der Grund für die Zurückhaltung öffentlicher und gewerblicher Investoren bei der energetischen Gebäudesanierung dürfte lange Jahre ebenfalls bei vergleichsweise geringen Öl- und Gaspreisen zu suchen sein. Hinzu kommt, dass sich der Strukturwandel im Gebäudebestand im Nichtwohnungsbau stärker als im Wohnungsbau über den Neubau vollzieht. Am aktuellen Rand ist zudem zu berücksichtigen, dass insbesondere öffentliche Träger an nominelle Investitionsbudgets gebunden sind und ihre Haushaltsansätze nur teilweise den sprunghaft gestiegenen Baupreisen anpassen konnten.

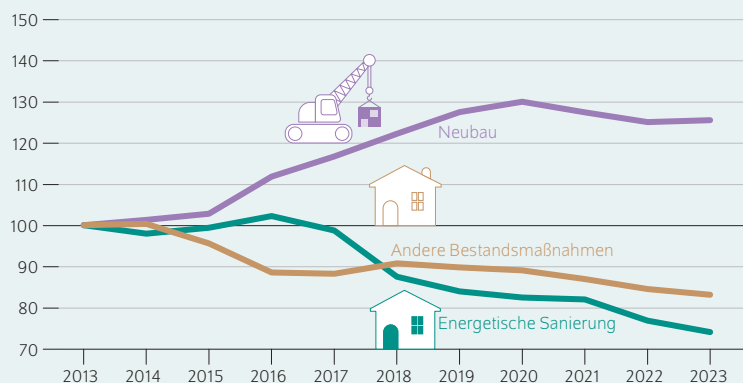
Fazit: Energetische Gebäudesanierung braucht dringend eine Trendwende

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Energieeffizienz im Gebäudebestand dringend verbessert werden muss. Gerade angesichts der in den vergangenen Jahren schwachen realen Investitionstätigkeit ist eine Vervielfachung der Aktivitäten zur energetischen Sanierung des Gebäudebestands notwendig. Um eine Trendwende bei den Sanierungsaktivitäten einzuleiten, sollten verbindliche Mindeststandards und Sanierungsziele gesetzt werden.¹¹ Ein entscheidender Faktor für die Bereitschaft, in die energetische Sanierung von Gebäuden zu investieren, ist die langfristig erwartete Entwicklung der Energiepreise. Eine Schlüsselrolle spielen hier unabhängig von schwankenden Rohstoffpreisen die politischen Festsetzungen zur CO₂-Bepreisung. Ein verlässlich absehbarer Kurs weiter steigender Energiekosten ist unverzichtbar, um Investitionsanreize zur Erreichung der Klimaziele zu setzen.

Darüber hinaus müssen für eine spürbare Erhöhung der Investitionen in die energetische Sanierung des

¹¹ Sophie M. Behr, Merve Kücük und Karsten Neuhoﬀ (2023): Energetische Modernisierung von Gebäuden sollte durch Mindeststandards und verbindliche Sanierungsziele beschleunigt werden. DIW aktuell Nr. 87 (online verfügbar).

Abbildung 6
Entwicklung der realen Investitionen in die energetische Sanierung von Nichtwohngebäuden, andere Bestandsmaßnahmen und den Neubau
 Index 2013 = 100



Quellen: Bauvolumenrechnung des DIW Berlin; Modernisierungsvolumen der Heinze GmbH; eigene Berechnungen.
 © DIW Berlin 2024

Viel Neubau und wenig energetische Sanierung prägen das Bild der realen Investitionen im Nichtwohnungsbau.

Gebäudebestands aber auch angemessene Förderbedingungen gelten. Die Bundesregierung hat Ende 2023 im Rahmen des Klimaschutzprogramms eine Neuordnung der Fördermaßnahmen im Gebäudebereich vorgenommen. Zentraler Ansatz für die energetischen Verbesserungen im Bestand ist die Bundesförderung für effiziente Gebäude.¹² Seit Anfang 2024 stehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle neu strukturierte Förderprogramme zur energetischen Ertüchtigung von Wohn- und Nichtwohngebäuden bereit.

Mit der Neuausrichtung der Förderprogramme ist eine starke Aufstockung der Fördermittel für die energetische Gebäudesanierung einhergegangen. Im Klima- und Transformationsfonds sind für das Jahr 2024 Gelder in Höhe von 16,7 Milliarden Euro für die Bundesförderung effizienter Gebäude vorgesehen.¹³ Gegenüber den 2023 abgeflossenen Mitteln entspricht dies einer Steigerung um fast 50 Prozent.¹⁴ Im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt liegen die Fördermittel sogar mehr als dreimal so hoch.¹⁵ Der gestiegene Förderumfang dürfte allerdings nicht ausreichen, um den notwendigen starken Impuls auf die Sanierungsaktivitäten auszulösen. Der Aufstockung der nominellen Fördersumme stehen insbesondere gestiegene Bau- und Finanzierungskosten entgegen. Im Vergleich zum Ende der 2010er Jahre

¹² Deutscher Bundestag (2023): Klimaschutzprogramm 2023 der Bundesregierung. Drucksache 20/8150 (online verfügbar).

¹³ Bundesregierung (2023): Der Klima- und Transformationsfonds 2024. Mitteilung vom 22. Dezember 2023 (online verfügbar).

¹⁴ DIHK (2023): Weiterhin langsamer Mittelabfluss beim Klima- und Transformationsfonds. Deutsche Industrie- und Handelskammer. Mitteilung vom 3. Mai 2024 (online verfügbar).

¹⁵ Gornig und Klarhöfer (2023), a. a. O.

dürften auch nach den erfolgten weiteren Leitzinssenkungen der Europäischen Zentralbank die Zinsbelastungen um fast das Dreifache höher liegen. Die Baukosten sind im gleichen Zeitraum im Durchschnitt um mehr als 40 Prozent gestiegen. Will die Politik tatsächlich einen starken Impuls auf die energetischen Sanierungsaktivitäten im Wohngebäudebestand auslösen, darf sie sich nicht auf der für 2024 erreichten Steigerung der Förderung ausruhen. Vielmehr muss sie bereit sein, in den nächsten Jahren noch deutlich höhere Fördersummen einzusetzen.

Bei der Ausgestaltung der Förderprogramme sollte zudem darauf geachtet werden, dass eine flexible Umsetzung der genehmigten Maßnahmen möglich ist. Denn obwohl durch die Rückgänge im Wohnungsneubau die Auslastung der Baukapazitäten deutlich gesunken ist,¹⁶ bestehen partiell immer noch Engpässe bei einzelnen Handwerksleistungen.

16 Martin Gornig und Laura Pagenhardt (2024): Bauvolumen dürfte erstmals seit der Finanzkrise nominal sinken – Lage am Wohnungsbau spitzt sich zu. DIW Wochenbericht Nr. 1+2, 4–14 (online verfügbar).

Martin Gornig ist Forschungsdirektor Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin | mgornig@diw.de

Katrin Klarhöfer ist Referentin im Bereich Marktforschung des Baudienstleisters Heinze GmbH | katrin.klarhoefer@heinze.de

JEL: E22, Q40

Keywords: Energy-efficient building renovation, construction industry, building investment

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 46/2024:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



„Bedingungen für energetische Gebäudesanierung müssen verbessert werden“

Martin Gornig ist Forschungsdirektor für Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte im DIW Berlin

1. Herr Gornig, der Expertenrat für Klimafragen mahnt, dass im Gebäudesektor deutlich mehr energetisch saniert werden müsse als bisher. Wie weit sind wir denn von den Sanierungszielen entfernt?

Davon sind wir ganz weit entfernt. Die energetische Sanierung des Gebäudebestands war von Anfang an eine gigantische Aufgabe. Wir haben ein Riesenvolumen vor uns und nur ein kleiner Teil der ganz neuen Gebäude ist tatsächlich klimaneutral. Also muss eigentlich der ganze Bestand modernisiert werden – und dass so etwas keine Aufgabe von einem Jahrzehnt ist, war eigentlich von Anfang an klar. Bei der geringen Sanierungsrate von etwa einem Prozent pro Jahr kann man sich ausrechnen, wie lange wir noch brauchen, bis 100 Prozent des Gebäudebestands saniert sind.

2. Wie haben sich die Ausgaben für die energetische Gebäudesanierung im letzten Jahr entwickelt?

Die Ausgaben sind gestiegen. Leider hatten wir gleichzeitig erhebliche Preissteigerungen. Zum Beispiel ist die Produktion von Fensterglas enorm energieintensiv. Entsprechend sind die Preise gerade in diesem Segment deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben dafür. Das heißt, wir haben weniger Fenster ausgetauscht als im Jahr davor. Unter dem Strich sind die Investitionen preisbereinigt nicht gestiegen.

3. Also reicht das, was im Gebäudesektor aktuell getan wird, nicht, um die Klimaziele zu erreichen?

So ist es. Seit einigen Jahren sind wir diesbezüglich im negativen Bereich. Wir müssten die derzeitige Sanierungsrate von einem Prozent jährlich eigentlich steigern, um die Klimaziele zu erreichen, aber wir bewegen uns jetzt von diesem einen Prozent aus sogar noch nach unten. Also dauert das Ganze noch länger.

4. Was müsste im Bereich der energetischen Gebäudesanierung getan werden, damit die Klimaziele schneller erreicht werden können?

Wir brauchen einerseits erst einmal einen Anreiz, überhaupt investieren zu wollen. Das sind für die Privaten schlicht steigende Energiekosten.

Offensichtlich tun die Kosten im Durchschnitt immer noch nicht so weh, dass die Motivation ausreicht, um tatsächlich energetisch zu sanieren. Wir haben auf der anderen Seite natürlich hohe Risiken, denn die Investitionen in energetische Sanierungen amortisieren sich erst über viele Jahre. Aus meiner Sicht kann der Staat dazu beitragen, dass sich die Investitionen schneller rechnen. Dazu muss er einerseits die CO₂-Bepreisung festlegen und deutlich machen, dass Energie im Zweifelsfall noch teurer wird, und gleichzeitig finanzielle Unterstützung bei den Investitionskosten leisten.

5. Die Bundesregierung hat die Fördermittel für energetische Sanierungen 2024 auf 16,7 Milliarden Euro erhöht. Reicht das nicht?

Es war sicherlich ein Kraftakt, diese gut 16 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zusammen zu kriegen. Auch die deutliche Aufstockung gegenüber den Jahren davor ist eine Leistung. Nur sind die Anforderungen noch höher. Dementsprechend muss sich die Politik darauf einstellen, diese 16 Milliarden oder vielleicht sogar noch mehr in den nächsten Jahren immer weiter aufzubringen, wenn sie im Gebäudesektor tatsächlich die Klimaziele erreichen will.

6. Wo bestehen diesbezüglich die größeren Probleme: Bei den Wohngebäuden oder bei den Nichtwohngebäuden?

Der größere Teil von Gebäuden, der beheizt wird, sind Wohngebäude. Von daher könnte man sagen, dass Wohngebäude eigentlich der Schlüsselfaktor sind. Auf der anderen Seite haben wir gerade im Nichtwohnbereich, also in gewerblichen und öffentlichen Gebäuden, enormes Potenzial. Teilweise sind diese Gebäude so schlecht gedämmt, dass man hier mit höheren Investitionen die Heizemissionen möglicherweise schneller reduzieren könnte.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1209

2024 | Laura Buchinger, Theresa M. Entringer, David Richter, Gert G. Wagner, Denis Gerstorf, Wiebke Bleidorn



Codevelopment of Life Goals and the Big Five Personality Traits Across Adulthood and Old Age

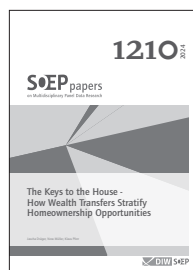
Since the new millennium, research in the field of personality development has focused on the stability and change of basic personality traits. Motivational aspects of personality and their longitudinal association with basic traits have received comparably little attention. In this preregistered study, we applied bivariate latent growth curve modeling to investigate the codevelopment of nine life goals and the Big Five traits. We tested age, perceived control, gender, educational background, and regional socialization as potential moderators of codevelopment. Data came from the German Socio-Economic Panel study (N = 55,040, age range: 18-103 years) and span a study period of 13 years. During this period, the Big Five traits and life goals were assessed four times. Our findings suggest that development in broader life goal domains (e.g., self-fulfillment) is more strongly connected to personality development across the life span, whereas changes in specific goals (e.g., having children) are more closely tied to trait changes during young and middle adulthood. The strongest codevelopment was found between Openness and agentic goals with a focus on personal growth followed by codevelopment between Agreeableness and communal goals. Developmental stage and educational background moderated the codevelopment of Conscientiousness and economic achievement as well as family-related goals. Contrary to previous research, we found that Neuroticism codeveloped with communal life goals (i.e., having a happy relationship/marriage). Our findings reinforce theoretical frameworks that highlight the role of changing opportunities, constraints, and developmental tasks across adulthood.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1210

2024 | Jascha Dräger, Nora Müller, Klaus Pforr



The Keys to the House - How Wealth Transfers Stratify Homeownership Opportunities

This study investigates how actual and anticipated intergenerational wealth transfers (i.e., inter-vivo gifts and inheritances) contribute to social stratification in the transition to homeownership. Utilizing discrete-time survival analysis on data from the German Socio-Economic Panel Study (N=13,018), we find that individuals whose parents were manual workers or service workers are less likely to become homeowners. Receiving inheritances or inter-vivo gifts substantially increases the probability of becoming a homeowner, with the effect being most pronounced in the transfer year and diminishing rapidly after that. Anticipated future transfers also increase homeownership probability before transfer receipt. Anticipated and received together transfers explain up to 56% of the variation in homeownership transition rates by parental socio-economic status but the importance of transfers for the transition to homeownership varies strongly across class contrasts. Ignoring expected transfers leads to a significant underestimation of the importance of transfers on the effect of parental SES on homeownership.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

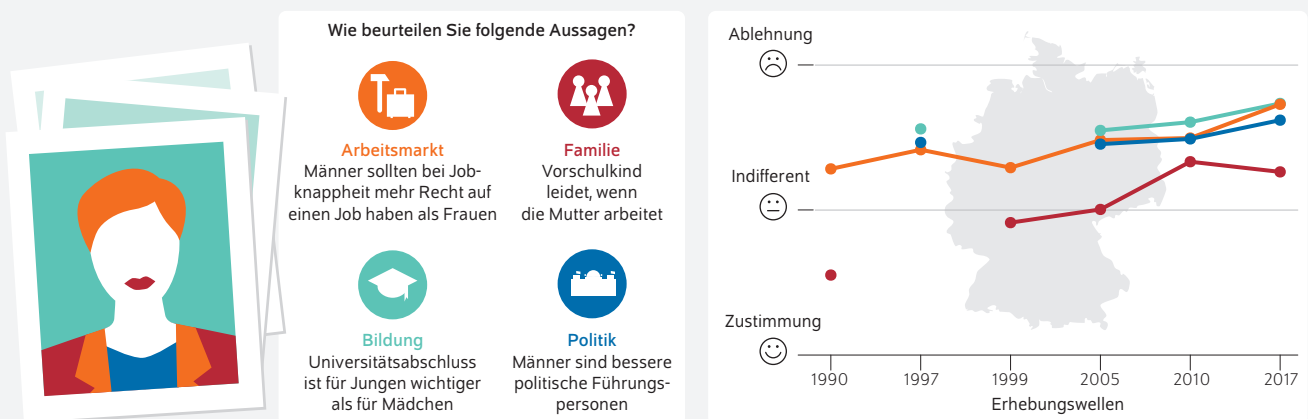


Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit egalitärer geworden

Von Lukas Menkhoff und Katharina Wrohlich

- Studie untersucht sich verändernde Einstellungen zur Rolle von Frauen auf Basis von Daten des World Value Survey.
- Frauen haben tendenziell egalitärere Vorstellungen über die Rolle der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt als Männer.
- Das Frauenbild in Deutschland erweist sich als modern, ist aber weniger egalitär als in den nordischen Ländern.
- In Spanien und Italien gab es zuletzt keine weitere Modernisierung.
- Unsicher ist, ob das Frauenbild innerhalb Europas und im Rest der Welt weiterhin egalitärer wird.

Befragungen zeigen, dass das Frauenbild in den Bereichen Arbeitsmarkt, Familien, Bildung und Politik in den letzten Jahrzehnten moderner geworden ist



Quellen: World Value Survey, European Value Survey, Wellen 2 bis 7.

Anmerkungen: Durchschnittswert pro Erhebungswelle. Nicht alle Aussagen wurden in jeder Erhebungswelle erhoben; daher enthält die Abbildung auch einzelne Punkte.

© DIW Berlin 2024

ZITAT

„Das Frauenbild in Deutschland hat sich in den letzten 70 Jahren weg von einer spezifischen Rolle hin zu einer eher egalitären Position entwickelt.“

— Lukas Menkhoff —

Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit egalitärer geworden

Von Lukas Menkhoff und Katharina Wrohlich

ABSTRACT

Gesellschaftliche Einstellungen zur Rolle von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt, in der Familie, Bildung oder Politik unterliegen einem zeitlichen Wandel. Berechnungen auf der Grundlage von Daten des World Value Survey zeigen, dass das gesellschaftliche Rollenbild der Frau in den letzten Jahrzehnten in Deutschland deutlich moderner geworden ist. In der letzten Befragungswelle lehnten mehr als 80 Prozent eine Bevorzugung von Männern bei Jobknappheit am Arbeitsmarkt ab. In den Befragungen stellt sich heraus, dass Frauen tendenziell egalitärere Vorstellungen zu Geschlechterrollen am Arbeitsmarkt haben als Männer. Im internationalen Vergleich herrschen heutzutage in Deutschland relativ egalitäre Vorstellungen zu Geschlechterrollen vor. Insbesondere unter den nördlichen EU-Mitgliedstaaten gibt es jedoch einige Länder mit deutlich egalitäreren Einstellungen. Hingegen findet sich in vielen Teilen der Welt ein deutlich weniger egalitäres Rollenbild. Eine weltweite Modernisierung des Frauenbilds ist indes nicht zwangsläufig. Zuletzt geriet der Modernisierungsprozess sogar innerhalb Europas, in Ländern wie Italien und Spanien, ins Stocken.

Die Rolle, in der Frauen in der Gesellschaft gesehen werden, ändert sich über die Zeit und unterscheidet sich nach Ländern. Dieses Frauenbild war in der Vergangenheit traditionell geprägt, so dass Frauen relativ zu Männern eine eher komplementäre und untergeordnete Rolle zugesprochen wurde.¹ Diese Vorstellung hat sich in der deutschen Gesellschaft seit der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1960er Jahren, wie in vielen anderen Ländern auch, in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. Diese Veränderung in den Geschlechterrollen fügt sich ein in einen breiteren gesellschaftlichen Wandlungsprozess, der als Modernisierung bezeichnet wird. Zentrales Merkmal dieser Modernisierung ist die Angleichung des Rollenverständnisses von Frauen und Männern, so dass individuelle Eigenschaften und Präferenzen zunehmend stärker über den Lebensweg entscheiden als das Geschlecht.²

Die vorliegende Untersuchung zeichnet die Veränderung des Frauenbilds zunächst anhand mehrerer Einstellungen zur Rolle von Frauen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, über die letzten Jahrzehnte auf Basis von Daten des World Value Survey (WVS) nach. Anschließend wird die deutsche Entwicklung in Beziehung zu anderen Gesellschaften in der Welt gesetzt. Es zeigt sich, dass die Veränderung des Frauenbilds ein weltweites Phänomen ist. Das heute „typische“, also das von einer Mehrheit der Bevölkerung des jeweiligen Landes befürwortete Frauenbild entspricht allerdings in der Mehrzahl der im WVS berücksichtigten Länder grob dem Frauenbild, das in Deutschland in den 1950er Jahren und damit vor etwa 70 Jahren vorherrschend war.

¹ In Westdeutschland war bis zur Eherechtsreform 1976 die „Hausfrauenehe“ das gesetzliche Leitbild in der Ehe. Demnach war gesetzlich festgelegt, dass Frauen für Haushaltsführung und Kindererziehung und Männer für den finanziellen Unterhalt der Familie verantwortlich waren. Ehefrauen durften nur dann berufstätig sein, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar war. Dieses Leitbild wurde erst 1976 durch das „Partnerschaftsprinzip“ ersetzt, das keine konkrete Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern gesetzlich vorschreibt.

² Claudia Goldin (2014): A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter. *American Economic Review*, 104 (4), 1091–1119 (online verfügbar, abgerufen am 22. Oktober 2024). Dies gilt für alle Onlinequellen dieses Berichts. Weitere Merkmale dieses gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses sind die abnehmende Bedeutung von familiärer Herkunft und Religion für individuelle Lebensentscheidungen.

Kasten

World Value Survey als Datengrundlage und methodische Hinweise

Der World Value Survey (WVS) ist ein internationales Projekt, das seit 1980 in bis zu 90 Ländern etwa alle fünf Jahre eine jeweils repräsentative Befragung der erwachsenen Bevölkerung vornimmt. Aufgrund der Freiwilligkeit sind nicht alle Länder in jeder Erhebungswelle vertreten, zudem werden nicht alle Fragen in jeder Welle erhoben. Für europäische Länder werden die Daten des World Value Surveys häufig mit Daten des European Value Surveys gepoolt.

Zur Ermittlung des Frauenbilds werden Aussagen berücksichtigt, die sowohl über die Zeit (also die Erhebungswellen) als auch über die Breite der Länder häufig erhoben wurden:

Aussage zur Familie: „Ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter arbeitet“

Aussage zu Bildung: „Universitätsbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen“

Aussage zum Arbeitsmarkt: „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“

Aussage zur Politik: „Männer sind bessere politische Führungspersonen als Frauen“

Für Deutschland liegen Erhebungen in sechs Wellen (Wellen 2 bis 7 des WVS) aus den Jahren 1990 bis 2017/18 vor.

Um die Einstellungen zum Frauenbild in einem Land vor der ersten Erhebungswelle des WVS abzuschätzen, das heißt für

Deutschland für die Jahre vor 1990, werden Schätzungen in drei Szenarien vorgestellt. In allen Fällen werden der Einfachheit halber die Jahrgänge gleich gewichtet. Szenario 1: Ausgehend von den Antworten der jeweiligen Jahrgänge in der frühesten Erhebungswelle (also 1990), wird dieser Kohorteneffekt linear rückwärts gerechnet. Dabei wird die lineare Steigung aus den durchschnittlichen Antworten der Jahrgänge 1909 bis 1972 errechnet. Mit diesem Steigungskoeffizienten werden die Antworten aller früheren Jahrgänge, anknüpfend an den Jahrgang 1909, kalkuliert. Szenario 2: Hier wird angenommen, dass die Antworten der Jahrgänge vor 1909 gleich ausfallen wie diejenigen der Jahrgänge 1909 bis 1914, dass es also vor 1909 keine Veränderung in den Einstellungen gab. Szenario 3: In diesem Szenario wird zusätzlich zum Vorgehen in Szenario 1 noch ein Zeiteffekt angenommen. Dieser wird als durchschnittlicher Abstand der Antworten identischer Jahrgänge zu unterschiedlichen Zeitpunkten (das Jahr 1990 gegenüber 2017) ermittelt und beträgt 0,23. Die geschätzten Werte für die Rückrechnung der Einstellungen aus Szenario 1 werden dann um diesen durchschnittlichen Abstand der Antworten korrigiert.

Wegen der eingeschränkten Datenverfügbarkeit zur Aussage über die Rolle der Frau in der Familie beruht der Frauenbild-Score für den internationalen Vergleich nur auf den drei übrigen Aussagen. Zur Vergleichbarkeit werden alle Antwortskalen auf 1 bis 4 normiert. Danach werden die Antworten der einzelnen Person addiert und durch den Maximalwert, das heißt einen Wert von 16 (ergibt sich aus vier Items mal vier als jeweils höchster Wert) geteilt. Dadurch liegt der Score jeder Person immer zwischen 0 und 1. Auf Länderebene wird daraus der Mittelwert gebildet.

Die Analyse beruht auf allen verfügbaren Befragungen des WVS aus den Jahren 1981 bis 2022 (Kasten).³ Aus diesen, in den jeweiligen Ländern repräsentativen, Befragungen der Werte und Einstellungen werden vier Kernaussagen und die jeweiligen Einstellungen dazu analysiert. Dies betrifft die Rolle der Frauen hinsichtlich Familie, Bildung, Arbeitsmarkt und Politik.

Befragungen zeigen ein sich über den Zeitablauf modernisierendes Bild der Frau am Arbeitsmarkt

Das Frauenbild auf dem Arbeitsmarkt wird anhand der Einstellungen zu der Aussage „Männer sollen bei Jobknappheit mehr Anrecht auf einen Job haben als Frauen“ erhoben (Abbildung 1). In einer Gesellschaft gleichberechtigter Geschlechter macht diese Aussage keinen Sinn und sie würde allgemein abgelehnt. Rechtlich ist diese Situation in Deutschland

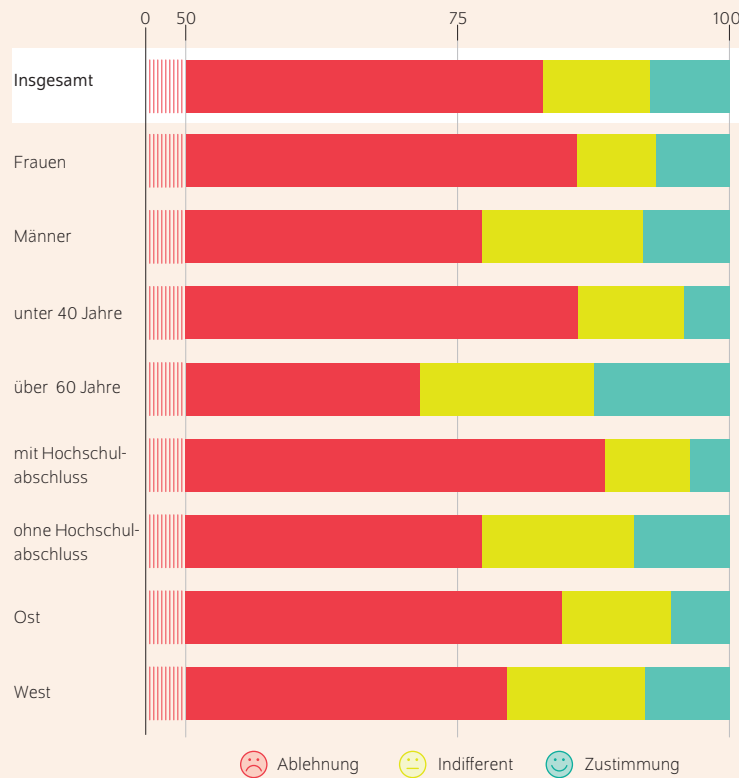
gegeben, aber wirtschaftlich (siehe persistente geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Bezahlung⁴, in der Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit⁵ sowie die geringe Repräsentanz von Frauen in hohen Führungspositionen⁶) und kulturell⁷ noch nicht vollständig. Dies spiegelt sich in den Antworten wider, die ablehnend (entspricht Wert 2), zustimmend (Wert 0) oder indifferent sind (Wert 1). Tatsächlich lautet der Durchschnittswert der Antworten in der letzten Erhebung des WVS aus dem Jahr 2017 für Deutschland 1,7

³ Wie in der Forschung üblich werden die Daten aus dem World Value Survey mit dem parallel durchgeführten European Value Survey zusammengeführt, um möglichst viele Beobachtungen zu erhalten.

⁴ Annetkatrin Schrenker und Katharina Wrohlich (2022): Gender Pay Gap ist in den letzten 30 Jahren fast nur bei Jüngeren gesunken. DIW Wochenbericht Nr. 9, 149–154 (online verfügbar).
⁵ Rachel A. Rosenfeld, Heike Trappe und Janet C. Gornick (2004): Gender and Work in Germany: Before and After Reunification. Annual Review of Sociology, 103–124 (online verfügbar).
⁶ Virginia Sondergeld, Katharina Wrohlich und Anja Kirsch (2024): Frauenanteil in Vorständen großer Unternehmen gestiegen, meist bleibt es aber bei höchstens einer Frau. DIW Wochenbericht Nr. 3, 26–23 (online verfügbar).
⁷ Stefan Bauernschuster und Helmut Rainer (2012): Political Regimes and the Family: How Sex-Role Attitudes Continue to Differ in Reunified Germany. Journal of Population Economics 25, 5–27 (online verfügbar) sowie Denise Barth et al. (2020): Mütter in Ost und West: Angleichung bei Erwerbstätigenquoten und Einstellungen, nicht bei Vollzeitbeschäftigung. DIW Wochenbericht Nr. 38, 699–706 (online verfügbar).

Abbildung 1

Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“
In Prozent



Quellen: World Value Survey und European Value Survey (Welle 2017/18).

© DIW Berlin 2024

Mehr als drei Viertel aller Befragten in Deutschland lehnen die Aussage „Männer sollen bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“ ab.

(Abbildung 2, links oben).⁸ Passend dazu lehnen gut 80 Prozent der Bevölkerung die Aussage ab, nur knapp acht Prozent stimmen zu und zwölf Prozent sind indifferent (Abbildung 1).

Die individuelle Einstellung zur hier untersuchten Aussage ist nicht unabhängig von anderen individuellen Merkmalen, die einem modernen (versus traditionellen) Frauenbild zuzuordnen sind. In Deutschland lehnen Frauen die Aussage häufiger ab (83 Prozent) als Männer (78 Prozent). Jüngere bis zu einem Alter von 40 Jahren lehnen sie deutlich eher ab als Ältere über 60 Jahre (mit 84 zu 72 Prozent), Personen mit Studienabschluss eher als solche ohne abgeschlossenes Studium (88 zu 77 Prozent) und Ostdeutsche

eher als Westdeutsche (84 zu 79 Prozent).⁹ In der Summe lehnen junge, gebildete Frauen, die aus Ostdeutschland stammen, einen Vorzug von Männern gegenüber Frauen bei Jobknappheit eher ab als andere Personengruppen.

Die erheblich modernere Einstellung der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren unterstützt die Vermutung, dass die Einstellung, Männer sollten bei Jobknappheit kein Vorrecht erhalten, mit der Zeit zugenommen haben könnte.¹⁰ Erkennbar ist dies an einem nahezu kontinuierlichen Anstieg der Ablehnung in den beobachteten 30 Jahren: 1990 lehnten dies nur 55,5 Prozent ab, während 28,9 Prozent dafür waren. Die befragten Männer weisen konsistent eine geringere Ablehnung auf als Frauen. Das bedeutet, dass Frauen tendenziell egalitäre Vorstellungen zu Geschlechterrollen am Arbeitsmarkt haben als Männer.¹¹

Für die Zeit vor 1990 stehen für Deutschland keine vergleichbaren Daten zur Verfügung. Allerdings sind die Befragten mit ihren Geburtsjahrgängen erfasst, so dass beschrieben werden kann, wie sich die Geschlechterrollen in verschiedenen Geburtskohorten unterscheiden. Es lässt sich also untersuchen, ob und wie stark sich das Frauenbild von Personen, die in der Nachkriegszeit geboren sind, vom Frauenbild von Personen, die davor geboren wurden, unterscheidet. Die Auswertung der Antworten nach Geburtsjahrgängen in beiden Erhebungswellen (1990 und 2017) zeigt einen Anstieg der Ablehnung zur Aussage „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“ (Abbildung 2, rechts oben). Zu beiden Erhebungszeitpunkten sind demnach die Jüngeren moderner eingestellt als die Älteren. In den Daten von 1990, die im Kern Geburtsjahrgänge von 1909 bis 1972 abbilden, zeigt sich der Anstieg recht kontinuierlich. So liegt die durchschnittliche Antwort der Geburtsjahrgänge von 1915 bis 1925 leicht unter eins; diese Personen, die zum Befragungszeitpunkt 65 bis 75 Jahre alt waren, lehnen die Gleichbehandlung von Männern und Frauen leicht ab. Zum selben Zeitpunkt antworten die Jüngeren mit einem Wert von 1,5, also deutlich zugunsten von Gleichbehandlung. In der Befragungswelle 2017/2018 ist die Ablehnung bei den Jahrgängen ab 1965 mit Werten von 1,75 und darüber noch größer. Hier verbleibt kaum Spielraum nach oben, da der Maximalwert 2,0 beträgt.

⁹ Zahlreiche Studien belegen bedeutende Unterschiede in den Einstellungen zu Geschlechterrollen zwischen Ost- und Westdeutschland, zum Beispiel Bauernschuster und Rainer (2012), a. a. O. und Quentin Lippmann, Alexandre Georgieff und Claudia Senik (2020): Undoing gender with institutions: Lessons from the German division and reunification. *The Economic Journal* 130, 1445–1470 (online verfügbar). Ein Literaturüberblick hierzu findet sich in Quentin Lippmann und Claudia Senik (2019): The impact of the socialist episode on gender norms in Germany. *ifo DICE Report* III/2019, 30–35 (online verfügbar).

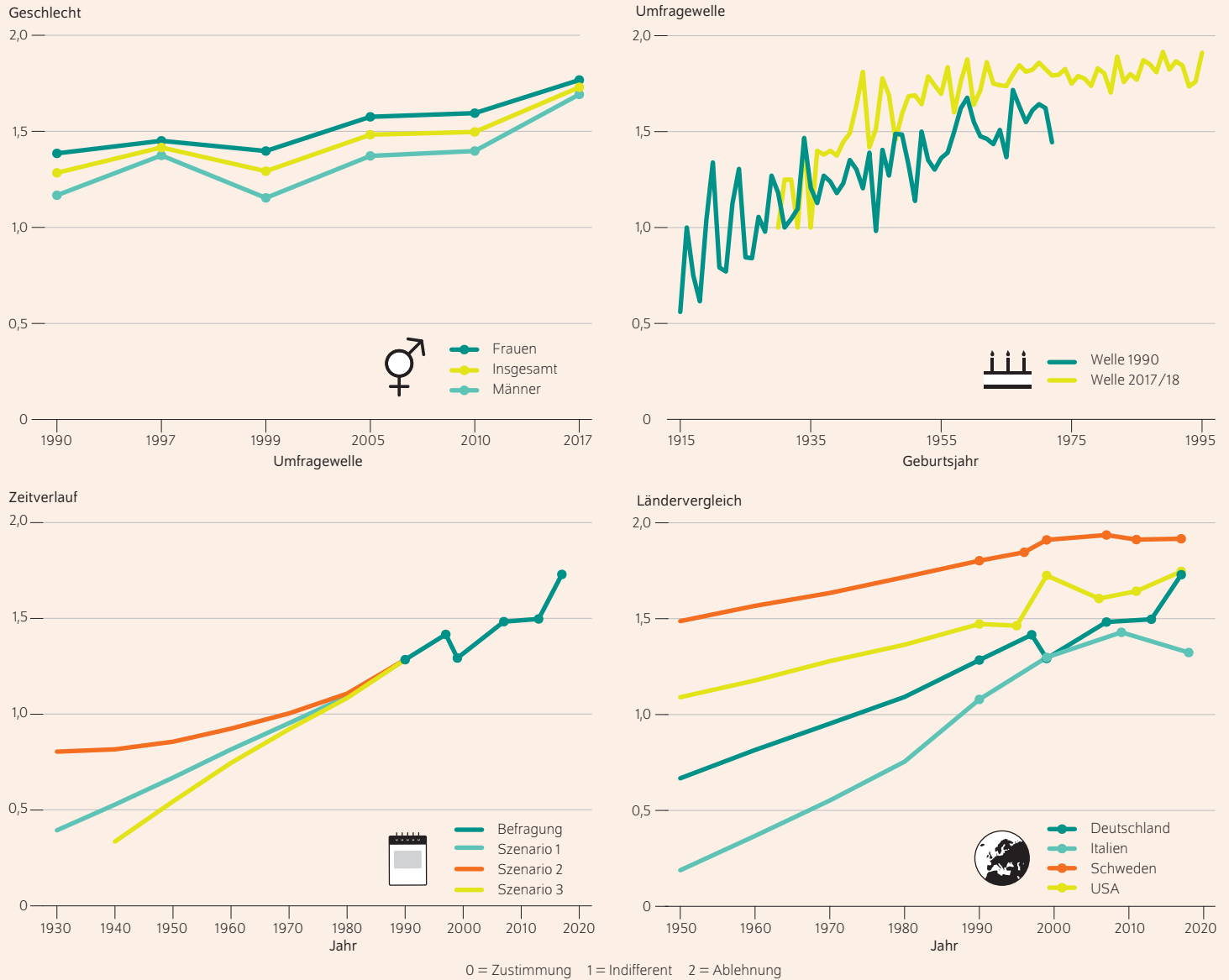
¹⁰ In der ersten Welle war diese Frage in Deutschland nicht gestellt worden.

¹¹ Die Studie von Daniela Grunow, Katia Begall und Sandra Buchler (2018): Gender Ideologies in Europe: A Multidimensional Framework. *Journal of Marriage and Family* (online verfügbar) gibt einen Überblick über empirische Studien, die in vielen europäischen Ländern ebenfalls eine Entwicklung zu egalitäreren Einstellungen zu Geschlechterrollen über die Zeit finden. Ebenso verweist der Aufsatz auf zahlreiche Studien, die zeigen, dass Frauen tendenziell egalitäre Einstellungen haben als Männer.

⁸ Die bisher letzte Erhebungswelle wurde in Deutschland im Jahr 2017 durchgeführt, weltweit erstreckt sich diese siebte Welle über die Jahre 2017 bis 2022. Die achte Welle ist für die Jahre 2024 bis 2026 geplant.

Abbildung 2

Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“
Durchschnittliche Ablehnung



Quellen: World Value Survey, European Value Survey (Wellen 2 bis 7).

© DIW Berlin 2024

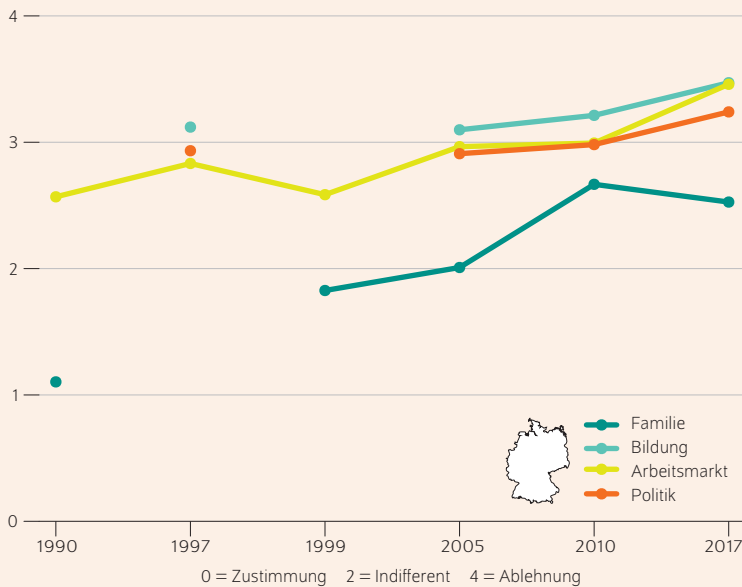
Im Laufe der Zeit lehnten die Befragten die Aussage häufiger ab, dass Männer bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job hätten als Frauen.

Die modernere Einstellung der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren zu einem Zeitpunkt, also der Kohorteneffekt, ist demnach für die Geburtsjahrgänge von 1915 bis etwa 1965 gut erkennbar. Grob überschlagen wird die Antwort zur Bevorzugung von Männern bei der Arbeit in diesem Zeitraum um etwa 0,81 Einheiten ablehnender (von 0,56 für 1915 bis 1,37 für 1965), das heißt für Personen, die jeweils zehn Jahre später geboren wurden, steigt die Ablehnung um etwa 0,16 Einheiten. Hinzu kommt ein Zeiteffekt, da

derselbe Jahrgang im Jahr 1990 traditioneller geantwortet hat als im Jahr 2017. Personen einer Kohorte sind somit zu einem späteren Zeitpunkt moderner eingestellt. Dieser Effekt macht zum Beispiel für die 1965 Geborenen einen Unterschied von 1,37 bei der Befragung im Jahr 1990 zu 1,74 bei der Befragung im Jahr 2017/18 aus, allerdings bei größeren zufälligen Schwankungen über die Jahre. Im Durchschnitt der Jahre, für die beide Werte vorliegen, beträgt dieser Effekt 0,23 Einheiten.

Abbildung 3

Frauenbild in Bezug auf Familie, Bildung, Politik und Arbeitsmarkt
Umfrage-Score



Anmerkungen: Arbeitsmarkt: „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“, Politik: „Männer sind bessere politische Führungspersonen“, Bildung: „Universitätsbildung ist für Jungen wichtiger als für Mädchen“, Familie: „Ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter arbeitet“. Nicht alle Aussagen wurden in jeder Erhebungswelle erhoben; daher enthält die Abbildung auch einzelne Punkte.

Quellen: World Value Survey, European Value Survey (Wellen 2 bis 7).

© DIW Berlin 2024

Die Einstellungen zur Rolle der Frau sind in allen Bereichen im Laufe der Zeit egalitärer geworden, allerdings gibt es im Bereich „Familie“ zuletzt einen leichten Rückgang.

Rückrechnungen ergeben traditionelle Einstellungen vor dem Jahr 1990

Unter Nutzung dieser beiden genannten Effekte, Kohorten- und Zeiteffekt, kann durch Rückrechnungen abgeschätzt werden, wie das Rollenverständnis von Personen früher vermutlich ausgesehen hätte (Abbildung 2, links unten). Der Einfachheit halber werden alle Jahrgänge gleich gewichtet. Ein Zeitraum von 64 Jahren wird erfasst (also die Altersspanne von 18 bis 81 Jahren). In Szenario 1 wird eine lineare Veränderung der Einstellung der Kohorten angenommen. Unter der Annahme, dass sich Rollenbilder linear – also in jedem Jahr gleich stark – verändert haben, ergibt sich für den Mittelwert der arbeitsmarktbezogenen Rolleneinstellungen ein Schätzwert von etwa 0,65 für das Jahr 1950 und 0,35 für das Jahr 1930. Da diese Schätzung mit Unsicherheit behaftet ist, werden zwei weitere Szenarien (Szenarien 2 und 3) berechnet. In Szenario 2 wird angenommen, dass Geborene vor 1909 dieselbe Einstellung hatten wie die zwischen 1909 und 1914 Geborenen. Damit wird über die Kohorten hinweg ein vor dem Ersten Weltkrieg unverändertes Frauenbild unterstellt. Entsprechend fällt die Ablehnung der Aussage stärker aus als im ersten Szenario. Hingegen wird die Ablehnung für die früheren Jahrzehnte schwächer als in der

Ausgangsrechnung (Szenario 1) eingeschätzt, wenn neben dem Kohorteneffekt zusätzlich ein Zeiteffekt berücksichtigt wird (Szenario 3).

Wenngleich alle drei Szenarien mit erheblichen Unsicherheiten behaftet sind, sind doch die Einstellungen ab dem Geburtsjahrgang 1909 recht verlässlich bekannt. Sie liegen etwas unter dem Wert von 1,0. Die Jahrgänge 1915 bis 1930 waren im Jahr 1950 erst zwischen 20 und 35 Jahre alt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die noch früher Geborenen, die weitgehend im Deutschen Kaiserreich sozialisiert wurden, nochmals traditioneller dachten. Folglich ist davon auszugehen, dass der Bevorzugung von Männern bei Jobknappheit im Jahr 1950 und erst recht im Jahr 1930 tendenziell zugestimmt wurde. Wie stark diese Zustimmung ausfällt, ist mit Unsicherheit behaftet. Zudem ist plausibel, dass größere gesellschaftliche Veränderungen durch Kriege oder wirtschaftliche Schocks zu Abweichungen von linearen Trends führen. Wahrscheinlich ist, dass der Übergang zur Weimarer Republik mit der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 auch mit einer stärkeren Ablehnung der Bevorzugung von Männern bei Jobknappheit einherging.

Überlegungen wie für Deutschland können auch für andere Länder angestellt werden (Abbildung 2, rechts unten). Hierzu werden für Europa exemplarisch Schweden und Italien sowie zusätzlich die USA betrachtet. Auch für diese Länder lassen sich auf Basis der verfügbaren Erhebungswellen des WVS Rückrechnungen bis 1950, analog zum Vorgehen für Deutschland, durchführen.

Es kristallisieren sich deutliche Länderunterschiede heraus. Während die Antworten für die USA ähnlich zu denen für Deutschland ausfallen, ist die Ablehnung einer Bevorzugung von Männern auf dem Arbeitsmarkt in Schweden seit den 50er Jahren erkennbar größer. Nach diesen Berechnungen waren die Einstellungen in Schweden um 1950 ähnlich zu denen in Deutschland um 2013 (der vorletzten Erhebungswelle).¹² Dagegen ist die Einstellung in Italien im erfassten Zeitraum deutlich weniger ablehnend als in den drei anderen berücksichtigten Ländern. Interessanterweise sank sie zuletzt wieder etwas und entsprach damit dem deutschen Wert im Jahr 1990.

Umfassendes Frauenbild weist nicht nur weltweit, sondern auch innereuropäisch durchaus Unterschiede auf

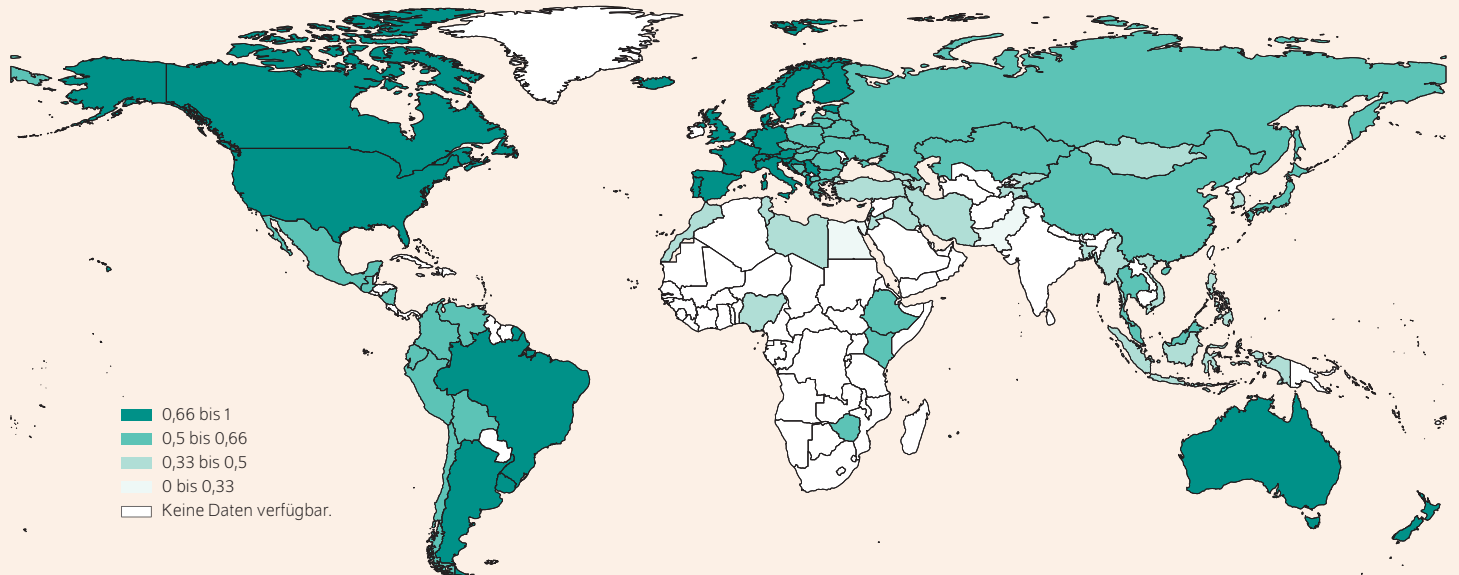
Um das Frauenbild auf eine breitere Basis zu stellen, wird neben dem Arbeitsmarkt das Frauenbild in Familie, Bildung und Politik betrachtet. In allen vier Dimensionen ist die Modernisierung des Frauenbilds erkennbar (Abbildung 3).

¹² Zu ähnlichen Ergebnissen für Deutschland, Schweden und die USA kommt auch die Studie von Byron Miller et al. (2021): A comparative analysis of attitudes towards female and male breadwinners in Germany, Sweden and the United States. Journal of Gender Studies 30/3, 358–370 (online verfügbar).

Abbildung 4

Einstellungen zur Rolle der Frau in der Welt

Durchschnittlicher Frauenscore



Anmerkung: Der Frauenscore basiert auf Aussagen zu Arbeit, Politik, Bildung und Familie und stellt die durchschnittliche prozentuale Ablehnung dar.

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis des World Value Survey und European Value Survey (7. Welle).

© DIW Berlin 2024

In Westeuropa, Nordamerika, in Teilen Südamerikas und in Australien hat die Bevölkerung die egalitärsten Einstellungen zur Rolle der Frau.

Auf Basis der Antworten zu den Aussagen über die vier Bereiche wird ein Mittelwert gebildet. Dafür werden für jede befragte Person die Antworten zu den entsprechenden Aussagen mit gleicher Antwortskala und gleicher Gewichtung berücksichtigt. Das Ergebnis wird auf einer Skala von 0 bis 1 abgetragen. Wie bisher zeigen höhere Werte eine tendenzielle Ablehnung traditioneller Einstellungen an. Deutschland erreicht in der jüngsten Erhebungswelle von 2017 einen Score von 0,79.

Dieser Score wird für alle im WVS erfassten Länder berechnet und in eine Weltkarte übertragen (Abbildung 4). Je höher der Score und damit je egalitärer die Einstellung, desto dunkler ist die Farbe. Deutschland zählt weltweit zu den Ländern mit dem modernsten Frauenbild. Im Vergleich zum Weltdurchschnitt (einfacher Durchschnitt der Ländermittelwerte) ist das Frauenbild in vielen europäischen Ländern modern. Doch auch innereuropäisch gibt es erhebliche Unterschiede (Abbildung 5). Die Ländermittelwerte sowie die Mittelwerte von Regionen weisen regionale Muster auf: Das modernste Frauenbild herrscht in Nordeuropa vor, in Süd- und (Mittel-)Osteuropa ist es deutlich traditioneller, West- und Mitteleuropa liegen dazwischen.¹³ Im europäischen Vergleich hat Deutschland also noch Modernisierungspotenzial.

Da der Frauenbild-Score auf vier Dimensionen beruht und für viele Länder verfügbar ist, kann er prinzipiell mit dem jährlichen Global Gender Gap Index des World Economic Forum verglichen werden, der ebenfalls vier verwandte Dimensionen abbildet.¹⁴ Allerdings ist dieser Index deutlich aufwendiger erstellt und hat den Anspruch, den Gender Gap objektiv zu messen,¹⁵ während es bei den Daten des WVS – und entsprechend dem hier vorgeschlagenen Score – um subjektive Einstellungen geht. Dennoch zeigt sich, dass der Gender Gap Index und das Frauenbild der jeweiligen Länder stark miteinander verbunden sind (Abbildung 6). In diesem Sinn informiert die Einstellung (Frauenbild) auch über die Verhältnisse (Gender Gap).

Fazit: In Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten das Frauenbild moderner geworden, es bleibt aber unter der EU-Spitze

Die Daten des WVS zeigen einen erheblichen Wandel des Frauenbilds in Deutschland über die letzten 30 Jahre. Diese Modernisierung in Richtung einer Angleichung der Geschlechter gilt für alle vier untersuchten Dimensionen,

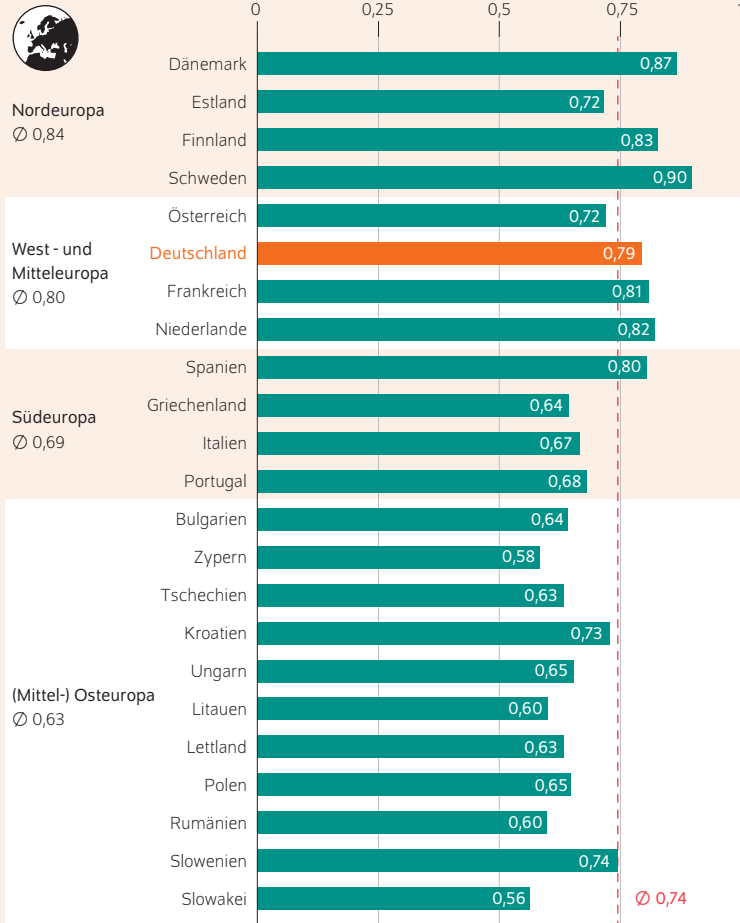
¹⁴ World Economic Forum (2023): Global Gender Gap Report. Genf, Juni (online verfügbar). Die Dimensionen sind etwas verkürzt: Ökonomische Teilhabe, Bildung, Gesundheit und Politik.

¹⁵ Eine objektive Messung wird beispielsweise erreicht durch Einbeziehung von Indikatoren wie der geschlechtsspezifischen Lohnlücke und der geschlechtsspezifischen Ungleichheit in der Repräsentation in hohen Führungspositionen.

¹³ Julia Schmieder und Katharina Wrohlich (2021): Gender Pay Gap im europäischen Vergleich: Positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Lohnlücke. DIW Wochenbericht Nr. 9, 141–147 (online verfügbar).

Abbildung 5

Frauenbild in EU-Mitgliedsländern
Durchschnittlicher Frauenscore



Anmerkungen: Der Frauenscore basiert auf Aussagen zu Arbeit, Politik, Bildung, Vorschulkinder; er stellt die durchschnittliche prozentuale Ablehnung dar.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des World Value Survey und European Value Survey (7. Welle).

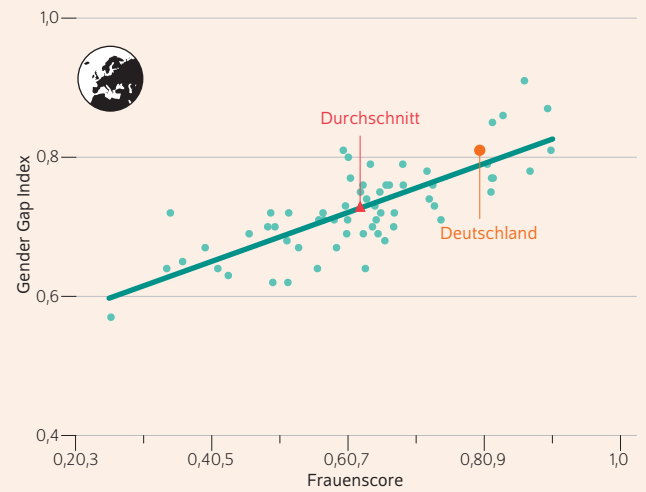
© DIW Berlin 2024

Das Frauenbild ist in Deutschland etwas egalitärer als im Durchschnitt der EU, aber weniger egalitär als in nordischen Ländern, Frankreich und den Niederlanden.

also Familie, Bildung, Arbeitsmarkt und Politik. Diese Veränderung zeigen die Wellen des WVS von 1990 bis 2017 für Deutschland klar auf. Im internationalen Vergleich herrscht

Abbildung 6

Frauenscore und Gender Gap Index
Korrelation von Gender Gap Index (2023) und Frauenscore (2017 bis 2022)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Gender Gap Index des World Economic Forum und des World Value Surveys sowie European Value Surveys (7. Welle).

© DIW Berlin 2024

Einstellungen zur Rolle der Frau sind auf Länderebene mit beobachtbaren Ungleichheiten wie dem Gender Pay Gap korreliert.

in Deutschland ein modernes Frauenbild vor, auch wenn es in skandinavischen Ländern nochmals moderner ist.

Der Modernisierungsprozess, der sich in Deutschland vollzog, ist nicht zufällig, sondern folgt aus der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt der normativen Vorgabe der Gleichberechtigung der Geschlechter, wie sie im Grundgesetz bereits 1949 verankert wurde. Unsicher ist, ob und wann Deutschland zu den skandinavischen Ländern aufschließen wird. Auch für andere Länder ist eine weitere Modernisierung nicht zwangsläufig. In jüngster Vergangenheit sind in Italien und Spanien keine Fortschritte mehr zu verzeichnen. Aus dem aktuellen Frauenbild Europas und der USA kann daher nicht geschlossen werden, dass der Wandel zu einem modernen Frauenbild in der näheren Zukunft die Blaupause für andere Länder der Welt sein wird.

Lukas Menkhoff ist Senior Research Associate in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | lmenkhoff@diw.de

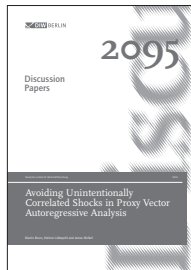
Katharina Wrohlich ist Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics im DIW Berlin | kwrohlich@diw.de

JEL: N34, Z13, J22

Keywords: social norms, gender equality, historical development

Discussion Papers Nr. 2095

2024 | Martin Bruns, Helmut Lütkepohl, James McNeil



Avoiding Unintentionally Correlated Shocks in Proxy Vector Autoregressive Analysis

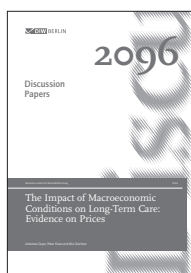
The shocks in structural vector autoregressive (VAR) analysis are typically assumed to be instantaneously uncorrelated. This condition may easily be violated in proxy VAR models if more than one shock is identified by a proxy variable. Correlated shocks may be obtained even if the proxies are uncorrelated and satisfy the usual relevance and exogeneity conditions individually. Examples from the recent proxy VAR literature are presented. It is shown that assuming uncorrelated proxies that satisfy the usual relevance and exogeneity conditions individually actually over-identifies the shocks of interest and a Generalized Method of Moments (GMM) algorithm is proposed that ensures orthogonal shocks and provides efficient estimators of the structural parameters. It generalizes an earlier GMM proposal that works only if at least $K - 1$ shocks are identified by proxies in a VAR with K variables.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2096

2024 | Johannes Geyer, Peter Haan, Mia Teschner



The Impact of Macroeconomic Conditions on Long-Term Care: Evidence on Prices

The price for institutional long-term care is a central determinant of the demand for formal and informal long-term care. In this paper, we show how macroeconomic conditions affect these prices. The analysis is based on administrative data that contains rich information on the universe of nursing homes and ambulatory care services and about all recipients of long-term care benefits in Germany. For identification, we exploit variation in macroeconomic conditions measured by the unemployment rate across districts and over time, applying a panel data approach with facility and time fixed effects. Our empirical results

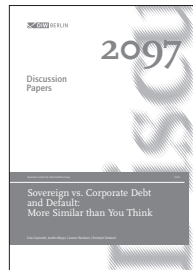
show that a higher unemployment rate increases prices for permanent long-term care as well as for prices of accommodation and meals in nursing homes. We provide empirical evidence for the mechanism of these price effects. While we find that employment, working hours, and quality of care in nursing homes are not significantly affected by macroeconomic conditions, our results show that a higher unemployment rate increases the price of nursing homes through a change in the composition of patients: it induces a shift from care recipients with a low degree of impairment to patients with high demands for labor-intensive care. We also document a substitution of low-impairment care from nursing homes toward ambulatory and informal home care.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2097

2024 | Gita Gopinath, Josefin Meyer, Carmen Reinhart, Christoph Trebesch



Sovereign vs. Corporate Debt and Default: More Similar than You Think

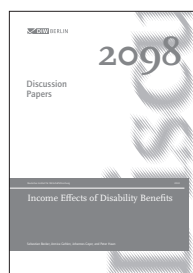
Theory suggests that corporate and sovereign bonds are fundamentally different, also because sovereign debt has no bankruptcy mechanism and is hard to enforce. We show empirically that the two assets are more similar than you think, at least when it comes to high-yield bonds over the past 20 years. Based on rich new data we compare risky US corporate bonds (“junk” bonds) to risky emerging market sovereign bonds 2002-2021 (EMBI bonds). Investor experiences in these two asset classes were surprisingly aligned, with (i) similar average excess returns, (ii) similar average risk-return patterns (Sharpe ratios), (iii) a similar default frequency, and (iv) comparable haircuts. A notable difference is that the average default duration is higher for sovereigns. Furthermore, the time profile of bond returns and default events differs. One explanation is that the two markets co-move differently with domestic and global factors. US “junk” bond yields are more closely linked to US market conditions such as US stock market returns, US stock price volatility (VIX), US industrial production, or US monetary policy.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2098

2024 | Sebastian Becker, Annica Gehlen, Johannes Geyer, Peter Haan



Income Effects of Disability Benefits

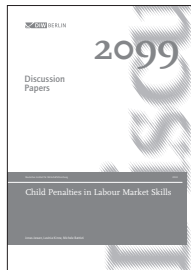
We provide novel evidence about the incentive and welfare effects of an increase in the generosity of disability benefits. Importantly, a unique policy variation in Germany allows us to isolate the income effect of a change in benefit generosity. We leverage this quasi-experimental policy variation using an RD design to estimate the effect of increasing disability benefits on employment, earnings, labor market transitions, and mortality outcomes using administrative data on the universe of new disability benefit recipients. Contrary to previous literature, our analysis reveals no significant impact on the employment and earnings of DI recipients due to the increased benefits. However, we find a sizable effect of the probability of returning to the labor market. We find no effects on recipient mortality six years after benefit award, but estimates imply a notable reduction in poverty risk, highlighting meaningful welfare implications of increased generosity.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 2099

2024 | Jonas Jessen, Lavinia Kinne, Michele Battisti



Child Penalties in Labour Market Skills

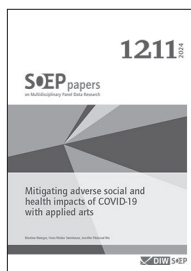
Child penalties in labour market outcomes are well-documented: after childbirth, mothers' employment and earnings drop persistently compared to fathers. Beyond gender norms, a potential driver could be the loss in labour market skills due to mothers' longer employment interruptions. This paper estimates child penalties in adult cognitive skills by adapting the pseudo-panel approach to a single cross-section of 29 countries in the PIAAC dataset. We find a persistent drop in numeracy skills after childbirth for both parents between 0.13 (short-run) and 0.16 standard deviations (long-run), but no statistically significant difference between mothers and fathers. Estimates of child penalties in skills strongly depend on controlling for pre-determined characteristics, especially education. Additionally, there is no evidence for worse occupational skill matches for mothers after childbirth. Our findings suggest that changes in general labour market skills cannot explain child penalties in labour market outcomes, and that a cross-sectional estimation of child penalties can be sensitive to characteristics of the outcome variable

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1211

2024 | Martina Metzger, Hans Walter Steinhauer, Jennifer Pédussel Wu



Mitigating Adverse Social and Health Impacts of COVID-19 with Applied Arts

In this project, we analyze whether the arts can mitigate negative impacts of social distancing and isolation on mental health and wellbeing, ease the burden of closed day-care and school facilities on families, and preserve attitudes of solidarity and trust. Using the SOEP-CoV questionnaire, we examine whether experience with music enabled individuals and households to handle social isolation and distancing rules and requirements better than their peers without this artistic experience. Research has shown that persistent shocks on income have a significant impact on happiness and hence on social and health well-being, thus, we explore the importance of music in this context. Using discrete choice econometric estimation techniques, this paper finds that music does indeed mitigate the negative impact of prolonged social distancing proxied for by life satisfaction. In addition, musical practice leads to feelings of less social isolation during this period.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





CLAUDIA KEMFERT

Trump-Wahl: Desaster für die internationale Klimapolitik

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Wahl von Donald Trump ist ein schwarzer Tag für die US-amerikanische und internationale Klimapolitik. Die Welt steuert weiter in eine ungebremste Klimakatastrophe. Es ist zu erwarten, dass Trump in den USA fossile Energien stärken und erneuerbare Energien und Elektromobilität schwächen wird. Er wird, wie schon in seiner ersten Amtszeit, Umweltregulierungen und Klimapolitiken zurückdrängen, auch indem Posten in Regierung, Energieministerium und Umweltbehörde mit Klimawandelleugner*innen besetzt werden. Eine komplette Rückabwicklung der Förderungen der grünen Wirtschaft im Rahmen des „Inflation Reduction Act“ (IRA) ist jedoch eher unwahrscheinlich, weil dafür eine Mehrheit im Repräsentantenhaus und Senat notwendig wäre und vor allem republikanische Staaten vom IRA profitieren.

Für die internationale Klimapolitik ist Trump ein Desaster. Ein neuerlicher Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, wie Trump ihn 2019 schon einmal verfügt hatte, ist zu erwarten. Außerdem könnte er dieses Mal auch aus der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) aussteigen, sodass die USA auf unbestimmte Zeit nicht an globalen Klimaverhandlungen teilnehmen würden und als wichtiger Geldgeber wegfielen. Der Wiedereinstieg ist enorm schwierig, da auch dafür eine Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus nötig wäre.

Für die kommende Weltklimakonferenz (COP29) ist der Wegfall der USA kein gutes Zeichen. Die USA sind weltweit einer der größten Treibhausgasproduzenten, sie sind für die internationalen Klimaverhandlungen unerlässlich. Wenn sie wegfallen, steuert die Welt weiter in eine ungebremste Klimakatastrophe – das 1,5-Grad-Ziel ist ohnehin nicht mehr zu halten. Auf der COP29 geht es auch und vor allem um die internationalen Klimafinanzierungen. Ohne die USA wird es keine ausreichende und tragfähige Lösung geben.

Trotz all dieser Hiobsbotschaften: Die Krise kann dennoch eine Chance sein. Gerade für Europa und Deutschland. Die Bedingungen für grüne Unternehmen haben sich in den USA verschlechtert. Davon kann insbesondere Deutschland profitie-

ren. Deutschland sollte die Schuldenbremse reformieren und finanzielle Anreize für Unternehmen der Klima-Transformation schaffen.

Deutschland und Europa sollten unbedingt am Green Deal festhalten und finanzielle Anreize für grüne Märkte erhöhen. Dafür ist das Ende der Ampel-Regierung in Deutschland vielleicht eine Gelegenheit. Die „Projects of Common Interest“ in Europa sollten ausgeweitet werden, mit denen gezielt Unternehmen aus Zukunftsbereichen wie erneuerbare Energien, Batteriehersteller sowie Smart- und Clean-Technologien angelockt und unterstützt werden. Derartige Technologien sind weltweit gefragt. Wenn die USA als Handelspartner wegen hoher Zölle eher ausfallen, sind andere um so mehr interessiert.

Für diese wichtigen Schritte gibt es vielleicht nun endlich ausreichende politische Unterstützung. So können Unternehmen aus den USA angelockt oder zurückgeholt, die Wettbewerbsbedingungen verbessert und zukunftsweisende Jobs geschaffen werden. Dadurch kann die deutsche Wirtschaft insgesamt profitieren und gestärkt werden. Weil die Lage so ernst ist, kann sie auch eine Chance sein. Eine Chance, dass Deutschland in den Clean-Tech-Sektoren und -Unternehmen an alte Wettbewerbsvorteile anknüpfen und diese zurückholen kann. Das wird nur möglich sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und anders als in den USA politische Verlässlichkeit vorherrscht.

Daher ist es enorm wichtig, dass Deutschland rasch stabile und verlässliche politische und ökonomische Rahmenbedingungen schafft. Es werden finanzielle Anreize für alle zukunftsweisenden Unternehmen benötigt. Investitionen in emissionsfreie Technologien schaffen die dringend notwendigen Modernisierungen der Industrie durch Innovationen. So werden Wettbewerbsvorteile und zukunftsfähige Jobs geschaffen. Wenn die USA diese schon aufs Spiel setzen, sollte Deutschland es besser machen.

Dieser Kommentar ist am 8. November 2024 zuerst bei Focus Online erschienen.